

Rechenschaftsberichte aus den AfA-Gliederungen

AfA-Bundeskonferenz 2014, 04.-06.April 2014 im Congress Center Leipzig (CCL)

Bericht des AfA-Landesvorstandes Bayern 2012 - 2014

Der AfA-Landesvorstand Bayern beschäftigte sich im Berichtszeitraum vor allem mit dem Rentenkonzept der SPD, der sozialdemokratischen Reformpolitik in den Ländern, dem Fiskalpakt und dem kirchlichen Arbeitsrecht. Wegen der bayerischen Landtags- und der Bundestagswahl im September 2013 lag ein Schwerpunkt bei der Unterstützung und Begleitung der Wahlkämpfe, u. a. mit einem eigenen ArbeitnehmerInnen-Aufruf. Nicht nur organisatorisch, sondern auch inhaltlich wurde die AfA-Landeskonferenz am 02.03.2013 in München und die AfA-Bundeskonferenz 2014 vorbereitet.

Der AfA-Landesvorstand tagte im Berichtszeitraum wie folgt:

- 06.07.2012: Sitzung mit den Schwerpunkten Frauenanteil in der AfA, Rentenkonzept und Fiskalpakt
- 13.10.2012: Sitzung zur ersten Vorbereitung der AfA-Landeskonferenz 2013 und einer Analyse der bayerischen AfA-Struktur
- 01.12.2012: Sitzung mit dem Schwerpunkt Rente, aber auch der Situation in Griechenland; Jahresplanung, AfA-Landeskonferenz
- 25.01.2013: Sitzung (ArbeitnehmerInnen-Datenschutz, Landtags- und Bundestagswahl 2013)
- 08.02.2013: Sitzung (Sozialdemokratische Reformpolitik in den Ländern, Situation der großen Arbeitsgemeinschaften in der SPD, ArbeitnehmerInnen-Aufruf zur Landtagswahl am 15.09.2013)
- 12.07.2013: Konstituierende Sitzung des neuen AfA-Landesvorstandes, Wahlaufbau, organisationspolitische Bestandsaufnahme
- 19.08.2013: Telefonkonferenz des engeren AfA-Landesvorstandes zur Vorbereitung der gemeinsamen Sitzung mit 60plus
- 26.09.2013: Gemeinsame Sitzung der bayerischen Landesvorstände AfA und 60plus zu Ergebnissen und Konsequenzen aus den Wahlen vom September

- 30.09.2013: Telefonkonferenz zur ersten inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitung der AfA-Bundeskonzferenz
- 14.12.2013: Sitzung mit der Wahl der Delegierten, Personalvorschlägen und ersten Antragsvorbereitungen zur AfA-Bundeskonzferenz, Bewertung des Koalitionsvertrages, kirchliches Arbeitsrecht
- 24.01.2014: Sitzung mit Beschlussfassung von Anträgen zur AfA-Bundeskonzferenz und einer Diskussion zum a. o. Bundesparteitag
- 11.02.2014: Telefonkonferenz des AfA-Landesvorstandes und der AfA-Bundesdelegierten zu den Anträgen für die AfA-Bundeskonzferenz

Zum Thema „Altersarmut vermeiden – Rentenniveau sichern“ führte die bayerische AfA zusammen mit den AGen 60 plus, AsF und Jusos in enger Zusammenarbeit mit dem DGB eine landesweite und viel beachtete Renten-Konzferenz am 13. Oktober 2012 durch. Dazu wurde im Vorfeld ein 146-Seiten starker Reader erstellt.

AfA-Landesvorstand Bayern (gewählt am 02. März 2013):

Vorsitzender: Barthel, Klaus MdB

stellvertretende Vorsitzende:

Eckardt, Matthias

Haigermoser, Helmut

Sommerreißer, Ilona

Unfried, Harald,

Weser, Ursula

Schriftführerin: Pöhlmann, Karin

Beisitzer/Beisitzerinnen:

Edhofer, Ernst (München)

Schwarm, Margit (Nürnberg)

Straßmeir, Josef (Augsburg)

Hammer, Harald (BG Bahn)

Fröde, Anita (Oberbayern)

Harder, Erika (Oberbayern)

Glas, Christopher (Niederbayern)

Ilgmeier, Irene (Niederbayern)

Bachmann, Brigitte (Oberpfalz)

Grötsch, Uli MdB (Oberpfalz)

Roth, Stefan (Oberfranken)

Schmidt, Marietta (Oberfranken)

Dorn-Dohmstreich, Gabriele (Mittelfranken)

Spetzke, Dieter (Mittelfranken)

Brand, Richard (Unterfranken)

Eder, Marietta (Unterfranken)

Korisansky, Stefan (Schwaben)

Steinle, Stefanie (Schwaben)



Tätigkeitsbericht der AfA Hamburg 2012 / 2013:

Allgemeines:

Stand für die vorangegangene Organisationsperiode das Motto „AfA-Hamburg nach innen stärken und nach außen vernetzen“, so könnte es für diese Berichtsjahre **„AfA vor Ort“** lauten.

Es ist uns gelungen vielfältige Kontakte auf der Bundes-, Landes- und norddeutschen Ebene mit Betriebs- und Personalräten sowie Gewerkschaftern/innen auszubauen und auch neu zu knüpfen, sowie „alte und historische“ Kontakte wieder zu beleben.

Z.B. mit den Betriebsgruppen „Hafen“, „HHLA“ und „Airbus“ haben wir klassische Hamburgische Branchen gezielt angesprochen und aufgeschlossene Kollegen und Kolleginnen aktiviert.

Eine erfreuliche Folge daraus war u.a., dass damit im Wahlkampf in Hamburg und Hamburgs Nachbarländern Niedersachsen und Schleswig Holstein viele Menschen gezielt auf Arbeitnehmerfragen angesprochene werden konnten.

Einige Hauptthemen sind zu nennen:

Renten, Vier-Klassen-Gesellschaft auf dem Arbeitsmarkt, Equal-Pay, Energie und Mindestlohn, Anforderungen an Arbeitnehmer/innen in der heutigen Arbeitswelt.

Weiter intensiviert werden konnte die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. Hier gilt es anzuknüpfen, und den Schwerpunkt für die Zukunft in der aufsuchenden Kontaktaufnahme zu Personal- und Betriebsräten zu setzen.

Terminleiste 2012

Bereits 5 Tage nach der AfA-Landeskonferenz -Neuwahl des Hamburger AfA-Vorstandes- nahmen AfA-Vertreter am 5.3.12 in Oldenburg an der Jahresplanung der AfA-Nord teil und am 8.3.12 tagte der AfA Bundesvorstand in Berlin zur Vorbereitung des AfA Bundeskongresses.

Am 23.3.12 beim Equal-Pay-Day –ein heißes Thema- haben wir unsere ASF-Frauen bei einer Flyerverteilung in der Mönckebergstraße unterstützt.

Am 30.3.12 diskutierten unsere AfA-Vertreter/innen i. R. der AfA-Regionalkonferenz in Bad Oldesloe zum Thema: „Soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit“.

Am 4.4.12 fand das traditionelle politische Grünkohl-Essen der AfA Betriebsgruppe „Hafen“ mit regem Gedankenaustausch und Referenten statt.

Unsere AfA-Delegation konnte auf dem AfA Bundeskongress am 19.-22.4.12 in Bad Godesberg zu einem hervorragenden Ergebnis der Beisitzer zum AfA-Bundesvorstand beitragen. Unsere Landesvorsitzende, Renate Kleinfeld, erhielt –wie im Jahr zuvor- das zweitbeste Wahlergebnis.

Am 24.4.12 zum jährlichen Mai-Empfang im Hamburger Rathaus konnten viele AfA-Aktive teilnehmen.

Am 28.4.12 und 5.5.12 hat die AfA-Hamburg die Schleswig-Holsteiner Genossinnen und Genossen in der heißen Wahlkampf-Phase in Glinde und Oststeinbek unterstützt.

Auf der Maikundgebung, die dieses Mal auf dem Fischmarkt stattfand, war der AfA-Bäckerbus wieder beliebter Anlaufpunkt.

Am 9.6.12 auf dem Landesparteitag wurde Olaf Scholz mit 94,2 % als Landesvorsitzender bestätigt. Unser Mitglied für den Landesvorstand erhielt 80 % Zustimmung.

Die Zusammenarbeit mit den AfA Betriebsgruppen wurde im Rahmen von erweiterten Landesvorstandssitzungen intensiviert.

Am 12.6.12 mit der BG HHLA und dem Betriebsratsvorsitzenden Arno Münster und am 24.9.12 mit der BG Airbus und dem Betriebsratsvorsitzenden Jan-Marcus Hinz.

Am 10.11.12 nahmen Hamburger AfA-Vertreter in Bremerhaven an der zweiten Regionalkonferenz des Jahres teil. Das Thema, „Die Rente muss zum Leben reichen“, hat uns von da an bis zur Bundestagswahl 2013 ständig begleitet.

Am 13.11.12 fand dazu der Berliner „Rentenkongress“ der AfA und 60plus statt.

Hochmotiviert von der erfolgreichen „Wahlkampfhilfe“ in Schleswig-Holstein fuhren wir am 16.11.12 zur Unterstützung der niedersächsischen Genossen/innen nach Hannover.

Am 28.11.12 waren wir Gast auf der Personalrätekonferenz der Bundestagsfraktion in Berlin.

Mit unserem AfA Kaminesgespräch am 18.12.12 unter dem Titel "Die Vier-Klassen-Gesellschaft auf dem Arbeitsmarkt" mit Uwe Grund (DGB Landesvorsitzender) war unser Jahresprogramm 2012 beendet.

Terminleiste 2013

Am 19.1.13 auf dem Neumitgliederkongress waren viele neue Genossen/innen, die sich für unsere AfA-Arbeit und Themen interessierten.

Bei einer Anhörung des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Integration der Hamburgischen Bürgerschaft am 20.2.13 in den Räumen der Patriotischen Gesellschaft zum Gesetzentwurf zum Hamburger „Mindestlohn / Vergabegesetz“ konnten die AfA-Vertreter zwei beachtete Redebeiträge halten.

Dieses Mal fand das Arbeitstreffen der AfA-Nord am 15.3.13 in Kiel statt und wir konnten sehr offen mit dem Innenminister Andreas Breitner das Thema „Übertragung des Tarifergebnisses im ÖD auf die Beamtinnen und Beamten“ diskutieren.

Am 18.3.13 war wieder das politische Grünkohlessen der AfA-BG „Hafen“. Dieses Mal sehr stilvoll im alten HHLA-Gebäude in der Speicherstadt. Schnee und Kerzenschein haben alle Teilnehmer/innen stimmungsvoll beeindruckt. Dank an die Vorbereiter und Gestalter.

Beim Maiempfang im Rathaus am 29.4.13 und zur Maikundgebung ist die AfA-Präsenz immer wieder hervorragend.

Ab Mai begann langsam der Bundestagswahlkampf. Die AfA lief sich am 16.5.13 auf Einladung vom Bundestagskandidaten Christian Carstensen an der „Dialog-Box“ warm.

Beim politischen Frühlingsgespräch am 14.6.13 realisierten wir ein Thema, das innerhalb des AfA-Landesvorstandes schon lange diskutiert wurde und durch den Kampf der Neupack-Beschäftigten hoch aktuell war: "Betriebsräte in mittelständischen Unternehmen". Unter der Moderation von Uwe Grund (DGB Landesvorsitzender) diskutierten Jan Eulen (Landesvorsitzender der IG BCE) und Johannes Kahrs (MdB)

Am 8.8.13 begann mit der Wahlkampfauftakt-Veranstaltung auf den Michelwiesen der Endspurt zur Bundestagswahl 2013.

Am 17.8.13 beim Deutschlandtag in Berlin war die Hamburger AfA von der ersten bis zur letzten Minute am AfA-Stand und sammelte Unterschriften – für eine unserer wichtigsten Wahlprogramm-Forderungen: den Mindestlohn.

Der AfA-Höhepunkt des Jahres war sicherlich das 40 jährige AfA-Jubiläum, das wir am 31.8.13 angemessen mit interessanten Gästen u. a. z. B. Michael Sommer und Klaus Wiese in Duisburg feierten.

Das Ergebnis der Bundestagswahl am 22.9.13 hatte unzählige Treffen und Telefonkonferenzen auf allen Ebenen mit dem Thema „sollen wir oder sollen wir nicht“ zur Folge.

Am 20.10.13 beschloss der Parteikonvent mit 85%, dass Koalitionsverhandlungen aufgenommen werden sollen, und dass es über den Koalitionsvertrag einen Mitgliederentscheid (eine vehemente Forderung der AfA) geben solle.

Auf dem Hamburger Landesparteitag am 1.11.13 wurde unser Antrag „Uneingeschränktes Initiativ-Recht für das Europa-Parlament“ zur Weiterleitung an den Bundesvorstand und den Bundesparteitag einstimmig angenommen. Damit wird unser Europaabgeordneter Knut Fleckenstein, der mit 96,3 % erneut als Hamburger Kandidat gewählt wurde, unterstützt.

Am 2.11.13 fand in Wolfsburg die AfA Regionalkonferenz Nord mit dem Thema „Chancen und Risiken der Wirtschaftsregion Südostniedersachsen“ statt.

Am 21.11.13 beim Dom-Stammtisch der ASF diskutierte der AfA Landesvorstand mit den Genossinnen noch auf der Basis eines „Vielleicht“ die bis „Dato-Inhalte“ des Entwurfs des Koalitionsvertrages, die für Arbeitnehmerinnen wichtig sind.

Am 10.12.13 beim Kamingespräch der AfA zeichnete sich bereits eine Zustimmung der Mitglieder zum Koalitionsvertrag ab. Unser Thema lautete: „Welchen Gewinn bringt der Koalitionsvertrag den ArbeitnehmerInnen. Unsere Gäste waren Uwe Grund (DGB Landesvorsitzender) und Carsten Sieling (MdB aus Bremen).

Knapp 80 % der Mitglieder beteiligten sich am Mitgliederentscheid.

Das Ergebnis am 14.12.13 lautete: Knapp 76 % Zustimmung.

Und so beendeten wir das Jahr mit einer neuen Regierung.



AfA Bundeskongress 2012



01. Mai 2013



AfA Kamingespräch 2013

Rückblick in Zahlen:

Im Jahre 2012 hatten wir als AfA-LV Hamburg in der Summe 56 Termine.

Darunter:

- monatliche AfA Landesvorstandssitzungen
- regelmäßige Teilnahme an den monatlich stattfindenden Landesvorstandssitzungen.
- Teilnahme an der Landesvorstandsklausur
- 16 Termine auf AfA-Bundesebene
- 3 Termine der AfA-Nord Schiene
- Teilnahme an Betriebsrätekonferenzen verschiedener Ebenen und Organisationen.
- 2 Termine allg. Wahlkampfunterstützung in SH.

Im Jahre 2013 hatten wir als AfA-LV Hamburg in der Summe 63 Termine.

Darunter:

- monatliche AfA Landesvorstandssitzungen
- 2 Sitzungen des erweiterten Landesvorstandes
- regelmäßige Teilnahme an den monatlich stattfindenden Landesvorstandssitzungen.
- Teilnahme an der Landesvorstandsklausur
- 7 Termine auf AfA-Bundesebene
- 3 Termine der AfA-Nord Schiene
- 3 Veranstaltungen des DGB
- Teilnahme an Betriebsrätekonferenzen verschiedener Ebenen und Organisationen.
- Termine zur Wahlkampfunterstützung

Zur Kostenersparnis wurden 2013 regelmäßige Telefonkonferenzen des AfA Bundesvorstandes eingeführt.

Aktivitäten in den Gliederungen:

Die AfA-Gliederungen haben in der Regel monatliche Treffen, veranstalten Thementage und beteiligen sich an Großveranstaltungen „ihrer“ politischen Kreise. Außerdem organisieren sie tw. eigene Info-Stände.

Renate Kleinfeld (AfA Landesvorsitzende) am 27. Januar 2014

AfA NRW

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen – Landesverband NRW
Ordentliche Landeskongferenz
8. Februar 2014, Berufsförderungswerk Dortmund

AfA-Landesvorstandssitzungen

Datum	TOP
03.03.2012	Landeskongferenz in Dortmund Neuwahl des Vorstandes Vors. Armin Jahl MdL Stellv. Vors. Wolfgang Lorenz, Erwin Duchna, Bernd Fiedler, Cornelia Beverungen-Willma Schriftführer: Karl Jacobs, 16 Beisitzer
10.04.2012	Konstituierende Landesvorstandssitzung in Dortmund Rückblick auf die Landeskongferenz Aufgabenverteilung Landtagswahlkampf AfA-Bundeskongferenz Neue Richtlinien für die SPD Arbeitsgemeinschaften
20.-22.04.2012	Teilnahme am AfA-Bundeskongress in Bonn-Bad Godesberg
29. 05.2012	Rückblick auf den AfA-Bundeskongress Rückblick auf die Landtagswahl NRW Inhaltliche Arbeit Internetpräsenz Berichte aus den Gremien
21.08.2012	Koalitionsvertrag Rot/Grün NRW Vorschlag der AfA NRW für die Reserveliste zur Bundestagswahl Tariftreuegesetz NRW Kooptation von beratende Mitglieder des AfA-Landesvorstands Berichte aus anderen Gremien
30.08.2012	Ortstermin von Armin Jahl, Ralf Wiegmann und Karl Jacobs bei den Streikenden der Fa. KMB in Marsberg-Westheim
26.09.2012	Diskussion mit Michael Hübner, MdL, Kommunalpolitischer Sprecher der NRW Landtagsfraktion zum Thema § 108a GO Tariftreue- und Vergabegesetz (repräsentativer Tarifvertrag „Straße“ SPD-Landesparteitag am 29.09.2012 Berichte aus anderen Gremien
29.09.2012	SPD-Landesparteitag Behandlung der AfA-Anträge - Situation bei den Reinigungskräfte - Ladenöffnungsgesetz NRW - Resolution zur Unterstützung der Streikenden bei der Fa. KMB in Marsberg
22.10.2012	Diskussionstand in der SPD zum Thema< „Rente“ Referent Gerd Kompe AG 60plus Rückblick SPD Landesparteitag Internetauftritt Diskussion zum Antrag des AfA UB-Steinfurt „§Prekäre Beschäftigung“ Berichte aus anderen Gremien
21.11.2012	Nachbetrachtung Landesparteiratssitzung „Thema Rente“ Quote für „Prekäre Arbeitsverhältnisse“ Antrag Nr. 6 des AfA UB-Steinfurt Inhaltliche Betreuung der AfA-Internetseiten Berichte aus anderen Gremien

Datum	TOP
20.02.2013	Quote für „Prekäre Arbeitsverhältnisse“ Diskussion mit dem Antragsteller Kurt Link AfA UB-Steinfurt Terminanforderung mit dem NRW-Wirtschaftsminister Garrelt Duin Thema „Energiewende“ soll als nächstes im Vorstand behandelt werden Diskussion über die Festlegung von Sitzungstermine für den AfA-Landesvorstand Berichte aus anderen Gremien AfA Neugründungen in Lünen und Bergkamen
28.05.2013	Kurzvortrag zum Thema „Leiharbeit und Werkverträge“ von Helge Adolphs, NGG mit anschließender Diskussion Berichte aus anderen Gremien
20.06.2013	Gespräch mit dem NRW Wirtschaftsminister Garrelt Duin im Landtag NRW Berichte aus anderen Gremien
31.08.2013	Teilnahme am Jubiläumsfest „40 Jahre AfA – Gestern, heute, morgen in Duisburg
11.09.2013	Vortrag von Frank Neye zum Thema „Energiewende – Anforderungen an die Politik“ mit anschließender Diskussion Rückblick auf die Jubiläumsfeier „40 Jahre AfA“ in Duisburg Diskussion über den Termin und Ort für die nächste AfA-Landeskonferenz Information über den Termin des nächsten AfA-Bundeskongress vom 04.-06.04.2014 in Leipzig Berichte aus anderen Gremien
30.10.2013	Diskussion über eine evtl „Große Koalition“ im Bund Ordentliche AfA-Landeskonferenz am 08.02.2014 Ordentlicher AfA-Bundeskongress vom 04.-06.2014 in Leipzig Antrag „Erweiterung der wirtschaftlichen Mitbestimmung“ (ist in Arbeit) Gründung einer Branchenbetriebsgruppe „Landesbetriebe“ Tarifbruch bei der Fa. Qutokumpu (Nirosta) Berichte aus anderen Gremien
26.11.2013	Vorbereitung der AfA-Landeskonferenz am 08.02.2014 in Wahl der Antragsprüfungskommission für die AfA-Landeskonferenz Rückblick auf den SPD-Bundesparteitag in Leipzig Berichte aus anderen Gremien Termin für eine evtl. Sondersitzung des AfA-Landesvorstands zur möglichen Koalitionsvereinbarung im Bund
27.01.2014	Vorbereitung der AfA-Landeskonferenz am 08.02.2014

Bericht Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)

im Bezirk Weser Ems

In den letzten zwei Jahren ist die Zusammenarbeit mit anderen Arbeitsgemeinschaften und den AfA Bezirks- und Landesverbänden im Norden vertieft worden. So hat die AfA aus Weser-Ems an themenorientierten Regionalkonferenzen in Schleswig Holstein, Mecklenburg Vorpommern und Bremen teilgenommen.

Die AfA behandelte in unserer Region unter anderem das Thema „Maritime Wirtschaft“. So sind wir 2012 mit dem Stv.

Landesvorsitzenden und MdL Olaf Lies auf Einladung der AfA Bremerhaven/BG Häfen im Hafen in Bremerhaven



gewesen und haben sich vor Ort ein Bild von der besonderen Arbeitsbedingungen der Lagerarbeiter im Hafenbetrieb gemacht. Hier hatte Olaf Lies und die AfA im Rahmen des Landtagswahlkampfes in Niedersachsen die Möglichkeit sich mit dem Senator für Häfen in Bremen/Bremerhaven vor Ort auszutauschen.

Bei der AfA-Bundeskonzferenz im April 2012 hat es aus Sicht der AfA Weser-Ems ein Wachwechsel im Bundesvorstand gegeben. Mit dem Bezirksvorsitzenden Harald Helling wurde für Alfons Wobbeler, der die Funktion des Beisitzers vier Jahre innehatte, erneut ein Weser-Emser in den AfA-Bundesvorstand gewählt. Alfons Wobbeler bleibt aber im AfA-Bundesausschuss und damit der Vorstandsarbeit auf Bundesebene erhalten.

Auch die Zusammenarbeit mit andern Arbeitsgemeinschaften auf Bezirksebene hat sich in den letzten Jahren positiv entwickelt, auch wenn in der Arbeitnehmerschaft mit Neid auf die flexiblen Zeitkontingente anderer AG'en geblickt wird.

So ist z.B. die Zusammenarbeit mit der AG der Selbständigen so auch thematisch intensiviert worden das es zu einer gemeinsamen Veranstaltungen kommen sollte, die aber leider wegen Absage der Referenten verschoben werden musste.

Auf Bezirksebene hat die AfA in regelmäßigen Abständen die Gespräche zwischen SPD- Bezirksvorstand und Gewerkschaften begleitet und mit diskutiert. Hier sind wir in Weser-Ems auf gutem Wege den gegenseitigen Respekt und das Vertrauen zwischen Partei und Gewerkschaften wiederherzustellen. Dieser Prozess muss gerade in den nächsten Jahren weiter vertieft werden um gemeinsam gegen die

zunehmende soziale Ungerechtigkeit in unserer Gesellschaft und der Region anzukämpfen.

An dieser Stelle möchte sich der AfA-Bezirksvorstand bei allen AfA Unterbezirken für ihre gute Arbeit vor Ort, in den Betrieben und während der Wahlkämpfe bedanken. Denn ohne ihre Unterstützung ist eine gute Darstellung der Aktivitäten der AfA in der SPD nicht möglich.

AfA Bezirksvorsitzender

Harald Helling

Bericht der AfA Hessen-Süd

Berichtszeitraum April 2012 – März 2014

Der AfA Bezirksvorstand Hessen-Süd traf sich im Berichtszeitraum zu seinen monatlichen Vorstandssitzungen im SPD-Haus in der Fischerfeldstraße. Auf einer zweitägigen Klausurtagung wurde Inventur im AfA Bezirk gemacht und die Schwerpunkte für die Bundestags- und Landtagswahl festgelegt. Zur Vorbereitung des Bundes- und Landtagswahlkampfes wurde vereinbart, vier Arbeitsgruppen einzurichten, die die Schwerpunkte der AfA in Wahlkämpfen vorbereiten, die Schwerpunktthemen der AfA sind:

- Verteilungsgerechtigkeit
- - Gute Arbeit
- - Gute Rente
- - Qualifizierte Versorgung zu Gesundheit und Pflege.

Die Arbeitsgruppen haben für die AfA-Bezirkskonferenz im März 2013 in Frankfurt am Main aktuelle Konzepte entwickelt, die von der Bezirkskonferenz diskutiert und verabschiedet worden sind. Auf deren Grundlage hat der AfA Bezirksvorstand beschlossen, Veranstaltungen zu den Themen, wie „Stopp und Rücknahme von Privatisierung der Krankenhäuser – für eine flächendeckende qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung“, „Mindestlohn 10 Euro“ oder „Gute Rente – gegen Altersarmut“ im Rahmen der Wahlkämpfe durchzuführen. Auch wurden Europapolitische Veranstaltungen mit Beteiligung der AfA durchgeführt und in diesem Zusammenhang die Partnerschaft mit der PS Straßburg wiederbelebt.

Gespräche mit den Gewerkschaften und Unterstützung der Tarifikämpfe gehören zum Standard der Arbeit der AfA. Besondere Unterstützung fanden der Kampf der KollegInnen gegen die Privatisierung der Krankenhäuser und der Kampf gegen die Entlassungen bei Opel. Hier wurde insbesondere die Betriebsgruppe Opel (ARSO) unterstützt. Weitere aktive Betriebsgruppen im AfA Bezirk Hessen-Süd sind BG Flughafen und die Standortbetriebsgruppe Frankfurt/Main-Höchst.

Nachdem unserer langjähriger Vorsitzender, Michael Frischkorn, nach langer Krankheit im Alter von 51 Jahren im Juli 2013 verstarb übernahmen die stellvertretenden Vorsitzenden kommissarisch die Leitung der AfA Hessen-Süd. Auf der im November 2013 durchgeführten Bezirkskonferenz wurde Rainer Bicknase zum neuen Vorsitzenden der AfA Hessen-Süd gewählt.

Bericht der AfA Baden-Württemberg zur Bundeskonferenz 04.-06.04.2014 in Leipzig

Der amtierende AfA-Landesvorstand wurde im November 2013 in Pforzheim gewählt. Vorsitzender ist Udo Lutz, seine Stellvertreter sind Lillo Chianta und Marion von Wartenberg. Weiter gehören dem Landesvorstand an Cordula Becker, Dr. Katrin Distler, Haydar Dogan, Helmut Laser, Tanja Majer, Georg Patzek, Raphael Pfaff, Helmut Roth, Adnan Sabah, Regina Schmidt-Kühner, Michael Seis und Michael Weiß. Die Landesvorstandsmitglieder decken ein weites Spektrum an Fachkompetenz ab. Udo Lutz gehört seit vielen Jahren dem AfA-Bundesvorstand an, seit 2012 als stellvertretender Bundesvorsitzender.

Der AfA-Landesvorstand tagt in der Regel monatlich in Stuttgart, meist mit der Möglichkeit, daran per Telefonkonferenz teilzunehmen. Dabei setzten wir uns mit den Themen Leiharbeit und Werkverträgen, Arbeitnehmerdatenschutz, Tariftreuegesetz und Rente auseinander. Wie eine Politik für Europa aus Sicht der Arbeitnehmer/innen aussehen sollte, war ebenfalls Gegenstand der Diskussion. Die Zukunft der Arbeit in Ulm erörterten wir am Rande einer Landesvorstandssitzung in Ulm mit Hilde Mattheis MdB, Arbeitnehmervertretern von Iveco und Nokia sowie Gewerkschaftern. Im Februar 2013 fand eine eintägige Klausurtagung in Stuttgart statt.

„Fachkräftemangel – durch Bildung beheben und berufliche Perspektiven gestalten“ lautete der Titel einer Veranstaltung in Mannheim, zu der wir gemeinsam mit dem örtlichen AfA-Kreisverband eingeladen hatten. Mit der Stuttgarter Oberbürgermeister-Kandidatin Bettina Wilhelm diskutierten wir über „Stuttgart – Zukunft – Arbeit“ und ihre Vorstellungen, wie den Herausforderungen, die die Automobilstadt Stuttgart in Bezug auf bezahlbaren Wohnraum, Kinderbetreuungsplätze, Bildungs- und Kulturangebote sowie intelligente Verkehrskonzepte stellt, begegnet werden kann.

Beinahe schon traditionell ist unser Sommerempfang für Betriebs- und Personalräte, der seit 2010 jährlich im Waldheim Heslach in Stuttgart stattfindet. Im Berichtszeitraum sprachen u.a. Katrin Altpeter und Nils Schmid zu den zahlreich erschienenen Arbeitnehmervertretern.

Vom 20. bis 22. April 2012 fand in Bonn-Bad Godesberg die AfA-Bundeskonzferenz statt. Baden-Württemberg nahm mit 18 Delegierten teil. Bei den Wahlen zum AfA-Bundesvorstand wurde Udo Lutz zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt.

Mit den anderen SPD-Arbeitsgemeinschaften arbeitet die AfA eng zusammen. Wir beteiligen uns an den AG-Vorsitzenden-Treffen und an gemeinsamen Veranstaltungen, wie z.B. dem gemeinsamen Expertengespräch zum Thema „Bürgerversicherung“ im Juni 2013.

Im Bundestagswahlkampf haben wir uns intensiv eingebracht und die Kandidaten und Kandidatinnen bei Veranstaltungen vor Ort unterstützt.

Regelmäßig zeigen wir Flagge bei Kundgebungen und Demonstrationen gegen Recht, so. z.B. bei der Menschenkette gegen Rechts im Juli 2013.

Ende Oktober 2013 feierten wir das 40-jährige Bestehen der AfA in Baden-Württemberg. Unter dem Motto „Gestern - heute - morgen“ hatten wir in die Arbeiterkneipe im TECHNOSEUM Mannheim eingeladen, wo wir zahlreiche Betriebs- und Personalräte, Gewerkschaftsvertreter und AfA-Mitglieder begrüßen konnten.

Für den Vorstand:

Udo Lutz, Landesvorsitzender der AfA Baden-Württemberg

Bericht der AfA Hessen-Nord

Die AfA-Bezirkskonferenz Ende 2011 stand unter dem Motto Arbeit und Gesundheit, die beiden Mitglieder des Bundestages Ulrich Meßmer und Dr. Edgar Franke hielten die Hauptreferate. Fazit: Ziel muss es sein, dass Arbeitnehmer gesund in den Ruhestand gehen können und dabei eine auskömmlich hohe Rente nach verdienter Arbeit erhalten.

In der vergangenen Zeit fanden regelmäßige AfA-Bezirksvorstandssitzungen statt. Darüber hinaus nahm der wiedergewählte Vorsitzende Olaf Schüssler an Bezirks- und Landesvorstandssitzungen der Hessen-SPD, wie auch an Unterbezirksparteitagen, Gewerkschaftsratssitzungen, AfA-Unterbezirkssitzungen, Gewerkschaftskonferenzen der Bundes SPD und Betriebsratskonferenzen der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin teil.

Die AfA Hessen Nord war auch weiter im Bundesvorstand der AfA durch Olaf Schüssler vertreten, auf der Bundeskonferenz in Bad Godesberg wurde er als Beisitzer wiedergewählt. Die Konferenz war geprägt durch den Wechsel des Vorsitzenden Ottmar Schreiner an Klaus Barthel.

Als mittlerweile etablierte Veranstaltungen des AfA-Bezirks können die Teilnahme am 1.Mai in Kassel mit Infostand bei der nordhessischen DGB-Kundgebung mit Familienfest an der Kasseler Drahtbrücke und an der Verteilaktion mit der Bezirks ASF Aktionen am Equal Pay Day genannt werden.

Im Berichtszeitraum waren analoge Aktivitäten im Rahmen des Kasseler Hessentags und natürlich zentral und dezentral im Bundestagswahlkampf und im gleichzeitig laufenden hessischen Landtagswahlkampf regelmäßiger Bestandteil der AfA-Arbeit.

Auch in der vergangenen Zeit haben die Unterbezirke der AfA viele Veranstaltungen durchgeführt. Sie sind der Garant für die Arbeitnehmerfragen vor Ort. Die stattgefundene Themenreihe der VW Betriebsgruppe mit der AfA Kassel-Land zusammen war mit tollen Themen und Gastrednern besetzt.

Die regelmäßigen mit Themen besetzten Vorstandssitzungen und Gästen der AfA Kassel-Stadt sind fester Bestandteil der AfA-Arbeit in Kassel, der AfA Zissel ist das jährliche Highlight mit vielen Gästen und guten Gesprächen.

Der AfA Unterbezirk Schwalm Eder hat wie immer mit seinen Betriebsbesichtigungen und Teilnahmen an Streiks und anderen Aktionen von befreundeten Organisationen eine tolle Arbeit geleistet. Vor allem die Pressearbeit ist beispielhaft.

Auch der AfA Unterbezirk Fulda hat seine Arbeit nach der Revitalisierung etabliert und erfolgreich gestaltet.

Der Unterbezirk Hersfeld Rotenburg hat wie immer wieder mit seinem Heringessen am Faschingsdienstag eine tolle Veranstaltung durchgeführt.

Leider haben wir in Marburg Biedenkopf und Waldeck Frankenberg noch keine Unterbezirke mit AfA Beteiligung etablieren können, dies ist eine Aufgabe für die kommende Zeit.

Ein wichtiger Teil der AfA Arbeit war die Beteiligung an der Erarbeitung des Wahlprogramms der Hessen SPD zusammen mit dem Gewerkschaftsrat.

Der direkte Kontakt von Stefan Körzell (DGB) und unserem Landesvorsitzenden Thorsten Schäfer-Gümpel haben die Arbeit für die AfA sehr erleichtert, die Ziele der AfA und den Gewerkschaften sind in einem großen Teil deckungsgleich.

Die Verankerung vieler Positionen, die der AfA und den Arbeitnehmern in der SPD am Herzen liegen, im Wahlprogramm der hessischen SPD und auch das aus Arbeitnehmersicht zu begrüßende Wahlprogramm zur Bundestagswahl mit seinen Aussagen z.B. zu Rente, Mindestlohn und Gesundheit haben das Engagement der AfA in den Wahlkämpfen angespornt.

Ein Highlight der AfA-Bezirksarbeit war eine Veranstaltung zum Thema Gute Arbeit – Gute Rente mit dem Bundestagsabgeordneten Anton Schaaf als Hauptredner. Es war die erste öffentliche Veranstaltung nach dem beschlossenen Rentenkonzept der Bundes SPD, an dem Schaaf federführend mitgewirkt hat. Das Rentenkonzept ist ein klares Signal des Umdenkens in der SPD und ein großer Schritt auf die Bedürfnisse der Arbeitnehmer zu. Hier wird mit dem Finanzierungsvorschlag des DGB klargestellt, dass 45 Beitragsjahre und ein Lebensalter von 63 Jahren reichen, um abschlagsfrei in den Ruhestand gehen zu können.

Daneben hat die AfA Hessen-Nord schon frühzeitig den Blick auf die Vorbereitung der Europawahl 2014 gerichtet. Die neue Europakandidatin des Bezirks, Martina Werner, ist fest in der AfA verankert und wurde schon im Nominierungsverfahren von der AfA unterstützt. Eine gemeinsame Informationsreise des AfA-Bezirksvorstands mit Betriebsräten des VW-Werks Baunatal und der Europakandidatin stand unter dem Thema „Europäische Arbeitnehmerpolitik“. Gespräche beim Europäischen Gewerkschaftsbund und mit der SPD-Europaabgeordneten Jutta Steinruck, Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales, stellten Europäische Arbeitnehmerpolitik ins Zentrum der Reise. Eine Besichtigung und Gespräche bei Audi-Brüssel verdeutlichten, wie Arbeitnehmerrechte, Mitbestimmung und Arbeitsschutz in europäisch agierenden Unternehmen funktionieren sollten. Hier gibt es noch viel zu tun, damit derartige Standards Allgemeingültigkeit in der EU erhalten statt durch nationale Interessen aufgeweicht zu werden.

Folgerichtig stand die AfA-Bezirkskonferenz Ende 2013 unter dem Thema: Für eine soziale Europäische Union“. Gastredner waren die Kandidatin der SPD Hessen-Nord zur Europawahl im kommenden Mai, Martina Werner sowie der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes der Region Nordhessen, Michael Rudolph.

Sie waren sich mit der Konferenz einig, dass eine Neuausrichtung der europäischen Politik hin zu qualitativem Wachstum dringend erforderlich ist. Sie muss sowohl die Regulierung der Finanzmärkte, eine stärkere Ausrichtung des Binnenmarktes auf nachhaltiges Wachstum und ein europäisches Sozialmodell beinhalten.

Zugleich muss in Europa wirtschaftlicher Wandel sehr viel stärker mit sozialer Gestaltung verknüpft werden müsse. Ein Unterbietungswettbewerb bei Preisen, Standards und Löhnen ist nicht hinzunehmen. Ganz wichtig ist, dass die Teilhabe der Arbeitnehmer in den europäischen Unternehmen gestärkt wird. Standortverlagerungen sollen der Zustimmung europäischer Betriebsräte bedürfen. Auch muss dagegen angegangen werden, dass Arbeitnehmer aus den osteuropäischen Mitgliedsstaaten als Zeit- und Leiharbeiter in westeuropäischen Betrieben zu unwürdigen Bedingungen und fast ohne Einkommen schuften müssen und benutzt werden, um geltende Tarifverträge auszuhebeln. Vielmehr muss die politische und soziale Dimension der EU gestärkt werden, durch ein Bekenntnis zu

Vollbeschäftigung, sozialer Marktwirtschaft, Verbesserung der Umweltqualität und sozialer Gerechtigkeit.

Ein entsprechender Antrag wurde verabschiedet und an die AfA-Bundeskonzferenz weitergeleitet.

Leider mussten wir im Berichtszeitraum zur Kenntnis nehmen, dass Ottmar Schreiner wieder schwer erkrankt war. Der langjährige Vorsitzende der Bundes AfA und Vorbild für Standhaftigkeit in schwierigen Zeiten wird uns mit seiner Aufrichtigkeit und unverbiegbaren Art sehr fehlen. Umso mehr hat es mich gefreut dass er noch einige Monate zuvor in Borken bei einer Veranstaltung teilnehmen konnte. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

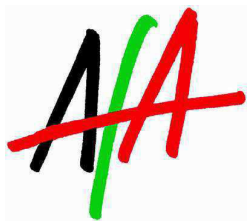
Olaf Schüssler

Olaf Schüssler

AfA – Bezirksvorsitzender Hessen-Nord



Ottmar Schreiner bei seinem letzten Besuch in Nordhessen. Wir werden ihn nicht vergessen.



Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in SH

Rechenschaftsbericht von 03.2011 – 03.2014

Auf unserer Landeskonzferenz am 26.03.2011 in Eutin wurden personelle und inhaltliche Weichen für die nächsten zwei Jahre gestellt. Die AfA sprach sich für eine zustimmende und damit zukunftsweisende Begleitung der Fehmarn-Belt-Querung aus. In weiteren Beschlüssen wird die Stadtregionalbahn im Großraum Kiel unterstützt und gesetzliche Initiativen gegen Leiharbeit und prekäre Arbeit gefordert.

Die Landeskonzferenz am 13.03.2014 verjüngte den Landesvorstand bei gleichzeitiger personeller wie inhaltlicher Kontinuität. Mit dem S-H Wirtschaftsminister Meyer wurde insbesondere die gesetzliche Umsetzung des Tariftreuegesetzes und Fragen wie wir Gute Arbeit in SH stärken wollen diskutiert.

Es fanden in dem Zeitraum 20 Landesvorstandssitzungen statt. Am 19. November 2013 hatten wir unseren Bundesvorsitzenden Klaus Barthel für einen Tag in Kiel. Betriebsbesuch bei der TKMS-Werft (ehemals HDW) ein Gespräch mit den Kieler Gewerkschaftsvorsitzenden und eine ausgiebige Diskussionsrunde mit dem AfA Landesvorstand und den Kreisvorsitzenden rundete einen gelungen Besuchstag ab.

Bis auf Nordfriesland haben wir in allen anderen 14 Kreisen in SH Kreisvorstände bzw. aktive AfA Vertreter als Ansprechpartner und Multiplikatoren.

Aktiv einmischt haben wir uns in die Erarbeitung des Wahlprogramms zur Landtagswahl und waren in der Programmkommission mit unserem Landesvorsitzenden Wolfgang Mädels und dem DGB-Regionsvorsitzenden Ralph Müller-Beck auch prominent vertreten. In den Koalitionsrunden mischte unser Landesvorsitzender aktiv mit und die Inhalte im Programm und Koalitionsvertrag mit Tariftreuegesetz, Mindestlohninitiative, Mitbestimmung ausbauen, Stadtregionalbahn aktiv unterstützen, Gute Arbeit Index in SH umsetzen, um nur einige der wichtigen Themen zu benennen, sprechen für die erfolgreiche Mitarbeit. Die Landtagswahl in 2012 und die erforderliche OB Wahl in Kiel hat der Landesverband mit Betriebsterminen, eigenen Veranstaltungen und Anzeigen unterstützt. Mit den Staatssekretären aus dem Wirtschafts- und Sozialministerium wurden Landesvorstandssitzungen durchgeführt und ein guter Arbeitskontakt hergestellt.

Der Gewerkschaftsrat kommt mindestens zweimal im Jahr zusammen, der AfA Landesvorsitzender gehört diesem Gremium an, so dass wir eine gute Möglichkeit haben unsere Positionen direkt mit Gewerkschaftern und Spitzen der Partei und der Fraktion zu diskutieren.

Auch in 2011 und 2012 haben wir gemeinsam mit der Landespartei Arbeitnehmerempfang zum 1. Mai veranstaltet. 2013 wurde dieser Arbeitnehmerempfang erstmalig wieder auf Versprechen des Spitzenkandidaten vom Ministerpräsidenten Torsten Albig durchgeführt. Und zwar in Neumünster, im Tuch-Museum, in einem neuen Stil und

einer großen Beteiligung. Wir arbeiten mit der Staatskanzlei daran, die Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte noch besser dabei einzubeziehen.

Im Rahmen des Bundestagswahlkampfes haben wir eine landesweite Betriebs- und Personalrätekonzferenz am 15.08.2013 in Neumünster durchgeführt. Hauptredner war Klaus Wiese, Mitglied des Kompetenzteams und Bundesvorsitzender der IG BAU. Weitere Gesprächspartner waren der SPD Landesvorsitzende Ralf Stegner und der DGB Nord Vorsitzende Uwe Polkaehn sowie die damalige Kandidatin und jetzige Bundestagsabgeordnete Birgit Maleki-Nissen.

Die AfA-Nord Regionalkonferenz der 5 Landesverbände stand ganz im Zeichen der Landtagswahl. Sie fand statt am 31.03.2012 in Bad Oldesloe mit dem Wirtschaftswissenschaftler Rudolf Hickel, dem Spitzenkandidaten Torsten Albig und dem Landesvorsitzenden Ralf Stegner. Zum Thema Mobilität in Norddeutschland, richtete der Hamburger Landesverband am 19.11.2011 eine Regionalkonferenz aus, an der wir mit 12 TN teilgenommen haben. An der Regionalkonferenz des UB Braunschweig, am 02.11.2013 in Wolfsburg haben wir mit drei Genossen teilgenommen.

Tradition haben mittlerweile auch die Treffen der AfA Landesvorsitzenden Nord, die einmal im Jahr stattfinden. In 2013 waren wir der Ausrichter. Die Zusammenkunft fand in den Fraktionsräumen der SPD Landtagsfraktion im Kieler Landeshaus statt und der Innenminister und stellv. SPD Landesvorsitzende begrüßte alle TeilnehmerInnen.

Der 14., 15., 16. Und 17. Politische Aschermittwoch in Marne, der karnevalistischen Hochburg Schleswig-Holsteins, waren wieder politische wie karnevalistische Höhepunkte in Zusammenarbeit mit dem Landesverband und der Kreispartei Dithmarschen. Sven Zylla und Jörn Thießen haben die Abende professionell moderiert. Andrea Ypsilanti in 2011, Torsten Albig, Ministerpräsident in 2012, Sönke Rix, MdB in 2013 und Ulrike Rodust MdEP-SH in 2014 waren die „Spitzen Zungen“ des Politischen Aschermittwochs vor jeweils 150-250 TeilnehmerInnen.

Mit 10 Delegierten haben wir an der AfA-Bundeskonferenz vom 20.-22.4.2012 in Bonn-Bad Godesberg beteiligt. Im Bundesvorstand sind wir erneut mit Almut Auerbach und im Bundesausschuss mit Wolfgang Mädel vertreten.

Gez. Wolfgang Mädel
AfA Landesvorsitzender SH
12.02.2014

Bilder:

- Politischer Aschermittwoch 2012 mit Torsten Albig – IMG 0732
- AfA Landeskonzferenz 2011 - gewählter Landesvorstand –IMG 9499
- AfA-Regionalkonzferenz 2012 mit Ralf **Stegner** – IMG 0251
- AfA Landeskonzferenz 2013 – gewählter Landesvorstand -
- Betriebsrätekonzferenz 2013 mit Klaus Wiese –

SPD – Bezirksparteitag 2013

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen / Betriebsorganisation in der SPD



Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen im SPD Bezirk Braunschweig setzt sich für eine soziale und gerechte Politik ein, unter besonderer Berücksichtigung der abhängig Beschäftigten in unserer Gesellschaft. Ziel der Politik muss es sein, in der Arbeitswelt wieder vollwertige und sichere Beschäftigungsverhältnisse zu haben, von denen jeder leben kann und die die Teilhabe der Menschen an der Gesellschaft ermöglichen.

AfA-Bezirkskonferenz in Lehre-Wendhausen 2012

Am 11. Februar 2012 fand die Bezirkskonferenz der AfA in Lehre-Wendhausen statt. Als Hauptredner des Tages konnte mit Klaus Barthel, dem designierten AfA-Bundesvorsitzenden ein hochkarätiger Referent gewonnen werden. Klaus Barthel referierte über das Spannungsfeld zwischen Partei, Gewerkschaften und Gesellschaft. Gerade an dieser Stelle spielte die AfA in den letzten Jahren ein wichtiges Bindeglied, um den Dialog zwischen der SPD und den Gewerkschaften immer aufrecht zu erhalten und zu festigen. Die AfA muss nach Ansicht von Klaus Barthel das Sprachrohr innerhalb der SPD für Arbeitnehmerinteressen und soziale Gerechtigkeit sein. Dem Referat von Klaus Barthel schloss sich eine rege Diskussion an. Die AfA-Bezirkskonferenz sprach Klaus Barthel eine einstimmige Empfehlung für den Bundesvorsitz der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen aus.



Klaus Barthel (2.v.r.) mit (v.l.n.r.) Achim Barchmann (MdB), Gunter Wachholz (AfA-Bezirksvorsitzender), Markus Brinkmann (AfA-Landesausschussvorsitzender) und Matthias Disterheft (stellv. AfA-Bezirksvorsitzender)

Auf der Bezirkskonferenz sprachen noch der AfA-Landesausschussvorsitzende Markus Brinkman sowie der Bundestagsabgeordnete Achim Barchmann. Neun Anträge zur Arbeitsmarkt und Sozialpolitik, vornehmlich an die AfA-Bundeskongress adressiert, signalisierten die Lebhaftigkeit der AfA im Bezirk Braunschweig.

Die anschließenden Vorstandswahlen bestätigten Gunter Wachholz als Vorsitzenden sowie Mathias Disterheft und Jan Fricke als Stellvertreter. Weiterhin wählten die Delegierten Sonja Brandes als Pressesprecherin, Boris Jülge als Schriftführer und Volker Taube als stellvertretenden Schriftführer. Sigrid Herrmann, Ralph Göbbecke, Thomas Klusmann, Günter Pinkvoss, Werner Herrmann, Gunter Grimm, Ludwig Thiemann, Konrad Metzger und Silvestro Gurrieri komplettieren als Beisitzer den AfA-Betriebsvorstand.

AfA-Bundeskongress in Bonn-Bad Godesberg 2012 vom 20.4 – 22.4.2012

Vom 20. bis 22. April fand in der Stadthalle Bonn-Bad Godesberg die ordentliche Bundeskongress der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen/Betriebsorganisation in der SPD statt.

Drei Tage berieten 250 Delegierte, darunter 8 Delegierte aus dem Bezirk Braunschweig, über mehr als 100 Anträge, wählten einen neuen Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft und begrüßten u.a. als Gastredner Sigmar Gabriel, Hannelore Kraft und Michael Sommer.

Die Bundeskongress stand unter dem Motto „Gesund arbeiten – Gesund in Rente“. Zum Thema Arbeits- und Gesundheitsschutz diskutierten die Teilnehmer in drei Fachforen über psychische Belastungen am Arbeitsplatz, betriebliche Gesundheitsförderung und Arbeitsschutz in der Praxis. Ein AfA-Leitantrag zu dieser Thematik wurde von der Kongress einstimmig verabschiedet.

Zu Beginn begrüßte uns der Vorsitzende der SPD Sigmar Gabriel und wies die Delegierten daraufhin, dass in der Godesberger Stadthalle nicht nur das Godesberger Programm der SPD verabschiedet wurde, sondern das dort vor 25 Jahren schon einmal ein AfA-Bundeskongress stattgefunden hat. Er zitierte aus der damaligen Rede von Hans-Jochen Vogel: „Nur wer das Vertrauen der Arbeitnehmer gewinnt, kann Wahlen gewinnen.“

Anschließend stellte der AfA-Bundesvorsitzende Ottmar Schreiner den Bericht des Bundesvorstandes vor. Er selbst stand nach 12 Jahren Tätigkeit als Vorsitzender des AfA – Bundesvorstandes aus persönlichen Gründen für dieses Amt nicht mehr zur Verfügung. In einem emotional bewegenden Moment dankten ihm die Delegierten nach seiner Rede nicht nur für die geleistete Arbeit, sondern auch für sein hervorragendes Engagement mit minutenlanger Standing Ovation.

Michael Sommer, Bundesvorsitzender des DGB, hielt eine kämpferische Rede und forderte die AfA weiterhin zu einem engagierten Einsatz für die Arbeitnehmerinteressen aus.

Hannelore Kraft, zu dem Zeitpunkt noch Spitzenkandidatin für die NRW-Landtagswahl, erhielt tosenden Applaus und forderte einen Politikwechsel in NRW und im Bund für mehr soziale Gerechtigkeit.



Die Braunschweiger Delegierten auf dem AfA-Bundeskongress in Bonn-Bad Godesberg mit dem AfA-Bundesvorsitzenden Klaus Barthel (rechts)

Der zweite Tag startete mit der Vorstellung von Klaus Barthel aus Bayern, der für den Vorsitz des AfA-Bundesvorstands kandidierte. In seinem Referat stellte er die Notwendigkeit der Stärkung der Betriebs- und Personalräte in den Vordergrund. Zudem muss sich die AfA bei der Gestaltung der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik im In- und Ausland verstärkt mit einbringen. Klaus Barthel wurde mit einem hervorragenden Ergebnis als Vorsitzender der AfA gewählt.

Neben vier stellvertretenden Vorsitzenden wurden noch 16 Beisitzer für den AfA-Bundesvorstand gewählt. Aus dem Bezirk Braunschweig wurde Gunter Wachholz erneut in den AfA-Bundesvorstand gewählt.

Neun Anträge des AfA-Bezirk Braunschweig wurden auf der Bundeskonferenz behandelt. In den Anträgen spielte der Beschäftigtendatenschutz, Wirtschaftsdemokratie, eine gerechte Steuerpolitik und vor allem die Rententhematik eine grosse Rolle.

„Die AfA-Bundeskongress war aus Braunschweiger Sicht sehr erfolgreich, da fast alle unsere Anträge von der Konferenz angenommen wurden, und somit unsere aktive Arbeitsgemeinschaft im Braunschweiger Bezirk viele Impulse auf der Bundeskonferenz gesetzt hat.“, so das Fazit des Braunschweiger AfA-Bezirksvorsitzenden Gunter Wachholz.

In der Berichtsperiode tagte regelmäßig der AfA-Bezirksvorstand. In den Sitzungen gab es Informationen aus dem AfA-Bundesvorstand, dem AfA-Landesausschuss sowie aus den AfA-Unterbezirken. Besonders regen Zuspruch bekommt das von dem AfA-Unterbezirk Braunschweig organisierte GewerkschafterInnenfrühstück im Volksfreundehaus. Weiterhin wurden im Bezirksvorstand viele Aktivitäten und Aktionen vorbereitet. Einen grossen Dank an dieser Stelle für den unermüdlichen Einsatz unseres fleißigen AfA-Sekretärs Volker Taube.

Aktiv mischte sich der AfA-Bezirksvorstand in die Rentendebatte der SPD ein. Mit einem Aufruf „Gesetzliche Rente stärken – Altersarmut verhindern“ wurde u.a. die Stabilisierung

des Rentenniveaus, die Einführung einer Mindestrente, Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes, die Eindämmung von prekären Arbeitsverhältnissen sowie einen erleichterten Zugang zu Erwerbsminderungsrenten gefordert. Viele dieser Punkte wurden durch den SPD-Parteikonvent in das Rentenkonzept der SPD mit aufgenommen.

Ein wichtiger Schwerpunkt der Berichtsperiode war natürlich auch die niedersächsische Landtagswahl, wo unter anderem mit einem Arbeitnehmerauf Ruf zu einem Politikwechsel- und Regierungswechsel in Niedersachsen geworben wurde.

The SPD logo, consisting of a red square with the white letters "SPD" inside.

*Aufruf der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)
im SPD-Bezirk Braunschweig zur
Niedersächsischen Landtagswahl am 20. Januar 2013*

**FÜR EIN SOZIAL GERECHTES NIEDERSACHSEN!
WIR WOLLEN EINEN POLITIK- UND EINEN
REGIERUNGSWECHSEL!**

Arbeitnehmerauf Ruf der AfA zur Niedersachsenwahl 2013

In den kommenden Monaten werden wir aktiv den Bundestagswahlkampf in unserer Region mit begleiten. Auf Bundesebene ist ein Politikwechsel dringend erforderlich. Wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn, eine gerechte Ordnung auf dem Arbeitsmarkt und eine wirksame Bekämpfung der Altersarmut! Nur eine SPD geführte Bundesregierung kann einen Wechsel zu mehr sozialer Gerechtigkeit in unserem Land erreichen.

Wir schliessen den Bericht mit einem Zitat unseres Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel anlässlich der AfA Bundeskonferenz 2012 in Bonn-Bad Godesberg: „Im Zentrum muss für die SPD das Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stehen. Die SPD muss in Kontakt mit der Arbeitswelt bleiben und auch die jüngere Berufsgeneration im Auge haben. Das ist für die Sozialdemokraten eine Existenzfrage“.

Gunter Wachholz
AfA-Bezirksvorsitzender

>>> www.afa.spd-bezirk-braunschweig.de

Aufruf der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) im SPD-Bezirk Braunschweig zur Bundestagswahl am 22. September 2013

Für eine soziale und gerechte Politik! Wir wollen einen Politik- und einen Regierungswechsel!

Am 22. September wird der Deutsche Bundestag neu gewählt. 61,8 Millionen Wahlberechtigte, davon viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden an diesem Tag die Zusammensetzung des Deutschen Bundestages und letztendlich die Zusammensetzung der zukünftigen Bundesregierung bestimmen. Mit dieser Wahl wird die Richtung der Politik für die nächsten 4 Jahre festgelegt. Auch Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Bundesrepublik haben am Wahltag die große Möglichkeit, den Kompass für die zukünftige Ausrichtung der Bundesregierung in entscheidendem Maße in Richtung sozialer Gerechtigkeit und fairen Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt mitzubestimmen.

Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) im SPD-Bezirk Braunschweig hat deshalb klare Anforderungen für die zukünftige Politik auf Bundesebene gestellt:

Wir brauchen sichere und faire Arbeit für alle. Wir wollen

- den allgemeinen, gesetzlichen Mindestlohn von anfänglich mindestens 8,50 €;
- den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen beenden, gleiches Geld für gleiche Arbeit durchsetzen und sachgrundlose Befristungen abschaffen;
- die Benachteiligung der Frauen in der Arbeitswelt konsequent bekämpfen;
- statt Minijobs tariflich bezahlte und sozialversicherte Arbeit;

Wir brauchen die Stärkung der sozialen Sicherungssysteme – Lebensstandardsicherung und Armutsfestigkeit. Wir wollen

- die Gesetzliche Rentenversicherung unter Beibehaltung mindestens des derzeitigen Rentenniveaus stärken;
- den abschlagsfreien Rentenzugang mit 63 nach 45 Versicherungsjahren;
- die Altersvorsorge als Erwerbstätigenversicherung für alle mit gerechten Beiträgen organisieren.
- die Bürgerversicherung im Gesundheitssystem und in der Pflege.

Wir brauchen Zukunftschancen und mehr Bildung in Deutschland. Wir wollen

- das Recht auf Bildung und gleiche Bildungschancen (Durchlässigkeit) für alle
- die Kinderbetreuung und Ganztagschulen in einem öffentlichen, gebührenfreien Schul-, Ausbildungs- und Hochschulsystem fördern.

Wir brauchen wieder mehr Steuergerechtigkeit und einen handlungsfähigen Staat - für die Menschen und den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Wir wollen

- gerechtes und solidarisches Steuersystem, mit einer höheren Besteuerung auf große Vermögen, Spitzeneinkommen und große Erbschaften
- eine konsequente Bekämpfung der Steuerflucht durch die Schließung von Steuerschlupflöchern und Steueroasen
- den Ausbau der Infrastruktur, der Daseinsvorsorge und starke Kommunen
- bezahlbaren Wohnraum und Stärkung des Mieterschutzes.

Wir brauchen eine regionale und nachhaltige Industriestruktur für die Region Südostniedersachsen. Wir wollen

- Sicherheit für die Beschäftigten in der Volkswagen Region durch ein klares Bekenntnis zu dem VW-Gesetz und für die VW-Standorte in unserer Region
- ein eindeutiges Bekenntnis für den Erhalt und Weiterentwicklung der Stahlregion in Salzgitter und Peine
- klare Entscheidungen für dringend notwendige Infrastrukturmaßnahmen in unserer Region, wie z.B. den Ausbau der Weddeler Schleife im Bahnverkehr und die Erweiterung der Autobahn A39 von Wolfsburg nach Lüneburg.

Nur die SPD-Bundestagskandidatinnen und -kandidaten bieten auch Gewähr für die Umsetzung unserer Forderungen. Nur mit den SPD-Bundestagskandidatinnen und -kandidaten haben wir, die abhängig Beschäftigten, eine wirkliche Chance auf eine gerechtere Politik in Deutschland.

Bisher wurden ihre Gesetzesinitiativen von der CDU/FDP-Regierung stets blockiert. Deshalb brauchen wir andere Mehrheiten im Deutschen Bundestag.

Deswegen unterstützt die SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen die SPD-Bundestagskandidatinnen und -kandidaten und ruft alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf, am 22. September nicht nur mit der Zweitstimme SPD zu wählen, sondern insbesondere auch die Kandidaten aus unseren Reihen mit der Erststimme direkt in den Bundestag zu wählen!



Hubertus Heil
(WK 45)
Peine-Gifhorn

Sigmar Gabriel
(WK 49)
Salzgitter-Wolfenbüttel

Dr. Carola Reimann
(WK 50)
Braunschweig

Heinz-Joachim Barchmann
(WK 51)
Helmstedt-Wolfburg

Dr. Wilhelm Priesmeier
(WK 52)
Goslar-Northeim-Osterode

Dieser Wahlauf Ruf wurde initiiert durch Gunter Wachholz, Vorsitzender der AfA im SPD-Bezirk Braunschweig, c/o. SPD-Bezirk Braunschweig, Schloßstraße 8, 38100 Braunschweig.

www.afa.spd-bezirk-braunschweig.de



Gemeinsame EntschlieÙung

der AfA-Regionalkonferenz Nord vom 2. November 2013



zur Verkehrsinfrastruktur

Die Landes- und Bezirksvorstände der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen aus Niedersachsen, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein (AfA-Regionalkonferenz Nord) setzen sich für die uneingeschränkte Funktionsfähigkeit der gesamten Verkehrsinfrastruktur ein. Die AfA-Regionalkonferenz Nord betrachtet den Status der norddeutschen Infrastruktur mit großer Sorge. Teile der Verkehrsinfrastruktur sind in einem extrem hoch problematischen Zustand, dies stellte auch die Verkehrsministerkonferenz der Länder Anfang Oktober des Jahres in Berlin fest.

Für die AfA-Regionalkonferenz Nord ist die uneingeschränkte Funktionsfähigkeit der gesamten Verkehrsinfrastruktur von hoher Bedeutung. Sie ist entscheidend für den Transport von Rohstoffen und Gütern und damit der Garant für die Wertschöpfung und Wettbewerbsfähigkeit des Landes insgesamt.

Gerade für die nördlichen Bundesländer ist die Exportorientierung von entscheidender Bedeutung. Ein Viertel des gesamten deutschen Außenhandels wird über die norddeutschen Häfen abgewickelt. So ist zum Beispiel die Automobilindustrie mit den Zulieferern in Niedersachsen auf eine funktions- und leistungsfähige Infrastruktur bis in die Küstenregionen dringend angewiesen. Die gleiche Thematik gilt für die Stahl- und Luftfahrtbranche, die effiziente und leistungsfähige Transportwege benötigen.

Die kontinuierliche Instandsetzung dieser Infrastruktur wurde in den vergangenen Jahren erheblich vernachlässigt. Nunmehr ist ein enormer Investitionsstau „aufgelaufen“. Experten gehen derzeit von einer jährlichen Finanzierungslücke in Höhe von mehr als 7,2 Mrd. Euro aus. Zahlreiche Brücken, Straßen, Schienen- und Wasserwege weisen eine sehr schlechte Beschaffenheit aus und mussten teilweise zur Gefahrenabwehr für den Verkehr gesperrt werden. Dies ist stets mit erheblichen wirtschaftlichen Einbußen verbunden.

Die AfA-Regionalkonferenz Nord spricht sich für eine dauerhafte und nachhaltige Lösung der Finanzierungsfragen der Verkehrsinfrastruktur aus. Dabei muss der Grundsatz „Erhalt vor Neubau“ gelten.

Bis zur endgültigen politischen Entscheidung müssen allerdings Sofortmaßnahmen zur Sicherung der Verkehrsinfrastruktur ergriffen werden. Hier bieten sich Teile aus dem „Topf“ des Solidaritätszuschlages an. Denn schon heute fließen rund 4 Mrd. Euro, der insgesamt 14 Mrd. Euro, nicht allein in den Aufbau Ost. Zudem ist die uneingeschränkte Funktionsfähigkeit der gesamten Verkehrsinfrastruktur kein Problem von „Himmelsrichtungen“ sondern ein gesamtdeutsches.

Folglich setzt sich die AfA-Regionalkonferenz Nord zur Bewältigung der Sofortmaßnahmen dafür ein, dass bereits ab 2014 – mindestens bis 2019 – Teile aus dem Solidaritätszuschlag unmittelbar in Instandsetzungs- und Erhaltungsmaßnahmen der Verkehrsinfrastruktur fließen. Die künftige Bundesregierung wird von der AfA-Regionalkonferenz Nord zu einem entsprechenden Handeln aufgefordert.

Bericht der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in Sachsen-Anhalt 2012 – 2013

Der Landesvorstand der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD Sachsen-Anhalt hat im Berichtszeitraum eine engagierte Arbeit geleistet.

Da in vielen Regionen auf Grund der geringen Mitgliederstärke eine sogenannte Basisarbeit vielfach nach wie vor an natürliche Grenzen stößt, musste dieses oft vom AfA-Landesvorstand kompensiert werden.

Während z. B. in Magdeburg, im Salzlandkreis und im Harz die Arbeit mit festen Strukturen gestaltet werden konnte, fehlte es zum Teil in vielen ländlichen Regionen an interessierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die sich in der SPD sowie auch in der AfA engagieren.

Der AfA-Landesvorstand unterstützt immer wieder positive Ansätze, um die AfA-Arbeit auch in der Fläche zu aktivieren. Die Veränderung der Strukturen in den Regionen und Kreisen können hierbei durchaus hilfreich sein, wie aktuelle Beispiele gezeigt haben.

Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen auf Landesebene selbst ist davon geprägt, dass sich auch sozialdemokratische Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, Betriebs- und Personalräte bereit erklären, in der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen mitzuwirken und die Arbeit, an welcher Stelle auch immer, aktiv zu unterstützen.

Die SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen versteht sich als Interessenvertretung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer innerhalb der Gesamtpartei und darüber hinaus. Erklärtes Ziel ist es daher auch, Probleme, mit denen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ihrem tagtäglichen Arbeitsleben, aber auch durch Arbeitslosigkeit bedingt, aufzunehmen und im Zuge dessen politische Positionen zu formulieren und einzubringen.

Darüber hinaus ist es der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen wichtig, ein Bindeglied zwischen der Gesamtpartei und den vielen Betriebs- und Personalräten sowie den Gewerkschaften im Land zu bilden und sie damit auch für eine Mitarbeit in der Sozialdemokratischen Partei zu gewinnen.

In den vergangenen zwei Jahren hat die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen sich mit einer Vielzahl von Themen befasst.

Dies waren:

- ⇒ Bundestagswahlen
- ⇒ Mindestlöhne
- ⇒ Einrichtung einer Pflegekammer
- ⇒ Positionspapiere zur Arbeitsmarktpolitik
- ⇒ Leih- und Zeitarbeit
- ⇒ Tariftreue- und Vergabegesetz
- ⇒ Personalräte- und Betriebsrätearbeit
- ⇒ Rentenpolitik
- ⇒ Gesundheitspolitik
- ⇒ Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes

Mit besonderem Engagement hat der AfA-Landesvorstand den Streik beim Sparkassen-Callcenter unterstützt. Mit der Solidarität der AfA wurde der Arbeitskampf gewonnen.

Die AfA hat als eine der ersten Gliederungen der SPD bereits sehr früh die Forderung nach einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn erhoben. Der zunehmenden Verbreitung von Armutslöhnen muss die Politik begegnen. Wir wollen gerechte Löhne für gute Arbeit. Erwerbsarbeit muss die Existenz sichern.

Es ist nicht alles sozial, was Arbeit schafft. Jeder Mensch muss in Würde arbeiten können; dies gilt auch für das Alter. Dazu gehören faire und gute Arbeitsbedingungen, Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie eine gerechte Entlohnung. Nur so können sich Menschen mit Erwerbsarbeit ein menschenwürdiges Leben aufbauen. Es kann nicht aufwärts gehen, wenn immer mehr Menschen trotz Arbeit in Armut leben müssen. Nach wie vor arbeiten Millionen Menschen zu Niedriglöhnen. 1,7 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhalten zusätzlich zu ihrem Erwerbslohn aufstockendes Arbeitslosengeld II. Immer mehr Unternehmen setzen auf die staatliche Bezuschussung von Dumpinglöhnen. Wir wollen Wettbewerb über gute Produkte und Dienstleistungen, nicht über die gegenseitige Unterbietung mittels Lohndumping.

Die AfA hat sich auf allen Ebenen an der Kampagne der SPD für Mindestlöhne beteiligt.

Mit Waltraud Wolff, MdB, gehört ein Mitglied des AfA-Landesvorstandes dem Deutschen Bundestag an. Andreas Steppuhn, Katrin Budde, Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt, und Thomas Felke als Mitglieder des Landtages von Sachsen-Anhalt arbeiten als Landesvorstandsmitglieder und ständige Gäste im AfA-Landesvorstand mit. Dies ist bis hin zur direkten Unterstützung von Betriebs- und Personalräten und Gewerkschaften sichtbar geworden.

Die SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen Sachsen-Anhalt hat sich auch auf Bundesebene in die Arbeit der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen eingebracht. Kornelia Keune ist auf dem AfA Bundeskongress im März 2012 zum Mitglied des AfA-Bundesvorstandes gewählt worden. Sie folgte damit Andreas Steppuhn, der zuvor stellvertretender Bundesvorsitzender war und nicht wieder kandidiert hatte. Rita Föhse ist Mitglied des AfA-Bundesausschusses.

Andreas Steppuhn, Waltraud Wolff und Kornelia Keune wirken im neu aktivierten SPD-Gewerkschaftsrat mit, in dem ein ständiger Dialog mit den Gewerkschaften stattfindet.

Zur besseren Außendarstellung hat die AfA mit Unterstützung der Politikwerkstatt ihre Homepage weiter entwickelt. Auch bei Facebook ist die AfA präsent. Zuständig hierfür ist Veronika Zabel.

Folgende Mitglieder arbeiten im AfA-Landesvorstand mit:

Vorsitzender	Andreas Steppuhn, MdL
Stellvertreter	Kornelia Keune Waltraud Wolff, MdB
Beisitzer	Seluan Al-Chakmakchi Steffen Amarell Mario Becker Ilona Döring Rita Föhse Mario Hennig Andreas Kirchhoff Friedel Meinecke Eberhard Nothmann Holger Ohse Andreas Poppe Andreas Reichstein Gerd Tunnat Veronika Zabel

Darüber hinaus arbeiten einige „ständige“ Gäste im AfA-Landesvorstand mit. Dies sind:

Katrin Budde, MdL
Thomas Felke, MdL
Udo Gebhardt
Claudia-Annett Preuß

Der AfA-Landesvorstand möchte diesen kurzen Tätigkeitsbereich dazu nutzen, die Gremien der Partei – und hierbei besonders die Ortsvereine - dazu aufzurufen, die AfA-Arbeit vor Ort zu unterstützen bzw. auch Initiativen zu fördern, um die AfA an der Basis zu verankern, insbesondere in den Kreis- und Stadtverbänden, in denen sie bislang nicht verankert gewesen ist.

Die SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen ist von ihr zuzuordnenden Mitgliedern unstrittig die größte Arbeitsgemeinschaft der SPD in Sachsen-Anhalt und von daher prädestiniert dazu, die Identifikation mit der SPD im Land auf allen Ebenen, insbesondere bei der großen Gruppe der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu fördern.

Magdeburg, den 30.09.2013

gez. Andreas Steppuhn, MdL



Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD, Landesverband Berlin

Bericht des AfA Landesvorstands Berlin
für den Berichtszeitraum vom 25.02.2012-27.02.2014

Der AfA Landesbezirk Berlin kann auf eine erfolgreiche Arbeit in den vergangenen zwei Jahren zurückblicken.

Im Land Berlin haben wir in allen 12 Kreisen aktive AfA Gruppierungen, die sich vielseitig in arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Themen engagieren. Die AfA Kreisorganisationen sind untereinander sehr stark vernetzt und organisieren größere Veranstaltungen gemeinsam, sodass es nicht zu Mehrfachveranstaltungen zum gleichen Themenbereich kommt. Die Veranstaltungen sind gut organisiert, haben interessante Themen und Referenten und daher auch eine hohe Besucheranzahl.

Der AfA Landesvorstand tagt jeden letzten Freitag im Monat, außer in den Ferienmonaten. Die Sitzungen sind öffentlich und regelmäßig sehr gut besucht.

Die Arbeit der Landes AfA und der AfA Kreise war im Berichtszeitraum stark geprägt durch die Wahlkampfkationen zum deutschen Bundestag.

Unser Ziel war es, nach Möglichkeit, viele Themen, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betreffen in das Wahlprogramm hinein zu verhandeln. Insbesondere die Forderungen nach einem flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn, der Abschaffung prekärer Arbeitsverhältnisse, der Neuregelung von Werkverträgen und Leiharbeitsverhältnissen, der betrieblichen Mitbestimmung, sowie der Renten-, Gesundheits- und Mietenpolitik sind hier exemplarisch zu benennen. Wir haben noch viele weitere Themen behandelt, die uns und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wichtig sind, haben uns jedoch im Wahlkampf auf kernige Schwerpunktaussagen beschränkt.

Wir sind mit großen Erwartungen in den Wahlkampf gezogen und haben engagiert bis zur letzten Minute gekämpft. Umso enttäuschender das Ergebnis. Wir hatten große Hoffnungen, dass wir als SPD mit dem inhaltlich guten und endlich wieder sozial geprägten Wahlprogramm mehr Menschen erreichen können. Doch die Enttäuschung der Wählerinnen und Wähler aus den vergangenen Jahren über die SPD war nicht zu überbrücken.

Die AfA Berlin hat sich mehrheitlich von Anbeginn gegen eine große Koalition ausgesprochen. Die Befürchtungen, in einer weiteren großen Koalition vollständig ins Abseits zu geraten, waren erheblich. Als kleiner Lichtblick erschien uns das 10 Punkte Programm, mit dem die SPD in die Verhandlungen gegangen ist, doch leider ist aus unserer Sicht nur eine Mogelpackung dabei herausgekommen.

Wir sind sehr enttäuscht darüber, dass unser AfA Bundesvorsitzender Klaus Barthel nicht in die Verhandlungskommissionen einbezogen wurde und unsere Enttäuschung setzt sich darin fort, dass er nicht in den Parteivorstand gewählt wurde. Die entsprechenden Wortbeiträge des Parteivorsitzenden auf dem Bundesparteitag in

Leipzig, in denen er seine Favoriten hervorhob, waren ein weiterer Affront gegen die AfA. Die neu zu wählenden Berliner Delegierten für die AfA Bundeskonferenz 2014 werden hierzu sicher entsprechende Wortbeiträge formulieren. Es ist nach wie vor eine Schande, dass die AfA in Zeiten, wenn es der Partei beliebt, gerufen wird und danach wieder in die Ecke gestellt wird.

Wir Berliner AfA Mitglieder sehen uns nach wie vor als das Herzstück der Partei und werden weiter dafür kämpfen, das es so bleibt und auch die Bundesebene das erkennt.

Umso mehr sind wir stolz darauf, dass es Cancel Kiziltepe gelungen ist in den Deutschen Bundestag einzuziehen und mit ihr dort eine aktive Berliner AfA Frau vertreten ist, die auch unsere Interessen dort sicher in gewohnter Weise und im Sinne Ottmar Schreiners dort vertreten wird. Der Tod von Ottmar Schreiner im vergangenen Jahr hat uns alle sehr getroffen. Mit ihm haben wir eine große Persönlichkeit verloren. Ottmar war ein großer Kämpfer. Wir alle vermissen ihn sehr und werden ihn in guter Erinnerung behalten.

Unserem neuen AfA Bundesvorsitzenden Klaus Barthel ist es bereits gelungen, tief in die Themen der AfA einzudringen. Klaus ist kämpferisch und scheut keine Diskussion, weder in der Bundestagsfraktion noch in den Parteigremien, wenn es um Themen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geht oder um die Forderung nach mehr Akzeptanz und Unterstützung der AfA in der Parteiarbeit. Mit Klaus Barthel haben wir eine gute Wahl getroffen und wir sind sicher, dass unter seiner Leitung die AfA auch weiterhin so kämpferisch bleibt wie sie ist.

Für die AfA Berlin sind zur Zeit Annegret Hansen als stellvertretende Bundesvorsitzende und Christian Hass als kooptiertes Mitglied im Bundesvorstand vertreten. Der Bundesvorstand hat sich auf regelmäßige Telefonkonferenzen geeinigt, um so schnell und zeitnah auf aktuelle Situationen reagieren zu können. Das war unter anderem auch erforderlich um das gekürzte Budget, für Veranstaltungen der AfA nicht durch Reisekosten zu kürzen.

Auf der Landesebene haben wir einen breit aufgestellten Landesvorstand organisieren können, der weite Teile der Arbeitnehmerschaft vertritt. Damit war sichergestellt, dass wir uns mit großer Sachkenntnis aus den Gewerkschaften und den Betrieben mit den Problemen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den unterschiedlichsten Branchen auseinander setzen konnten.

In den vergangenen zwei Jahren haben wir uns immer wieder auf Landesebene für die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eingesetzt. Ob dies der Mindestlohn, die Unterstützung der Forderungen der Kolleginnen und Kollegen nach Tarifverträgen, der Kampf gegen Privatisierungen der öffentlichen Daseinsvorsorge oder die Einführung des Vergabegesetzes war, wir haben uns aktiv im SPD-Landesvorstand wie auch mit Anträgen und Redebeiträgen auf den Landesparteitagen eingebracht und konnten auch Erfolge verzeichnen.

Wir haben eine sehr aktive Pressearbeit geleistet. Dadurch wurden unsere Positionen auch außerhalb der SPD wahrgenommen.

Die Bündnisarbeit haben wir auch in der Berichtszeit weiter voran gebracht. Betriebsräte verschiedener Unternehmen und öffentlicher Betriebe waren zu den Sitzungen des AfA-Landesvorstands eingeladen und berichteten über ihre Probleme und Arbeitskämpfe. Stellvertretend seien hier die Vertreter der Kolleginnen und Kollegen

der Berliner Wasserbetriebe, der Berliner Job-Center und die Musikschullehrerinnen und Musikschullehrer genannt. Regelmäßige Gespräche des gLV der AfA mit Doro Zinke und Christian Hoßbach von der DGB-Landesspitze wurden ebenso geführt wie mit den Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften. Mit der Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerorganisation der Linkspartei (AG Betriebe und Gewerkschaft - B&G) und Gewerkschaftsgrün wurden und werden die regelmäßigen Gespräche fortgesetzt. Auch mit dem Landesvorstand der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft Berlin (CDA) gab es weiterhin Kontakte.

Wir haben erfreut festgestellt, dass immer mehr junge SPD Mitglieder, die auch als Jugend- und Auszubildendenvertreter in den Betrieben tätig sind, den Weg zur AfA gefunden haben. Dieser Zulauf hat uns angenehm überrascht und wir sind froh darüber jetzt im Bezirk Berlin eine sehr aktive „junge AfA“ zu haben.

Nicht alle im Berichtszeitraum erfolgten AfA Aktivitäten des Landesvorstandes und der Kreise können hier aufgeführt werden, daher erfolgt nur eine exemplarische Aufstellung einiger Veranstaltungen:

- regelmäßiges AfA Arbeitslosenfrühstück in mehreren Kreisen.
- die AfA Neukölln mit dem Projekt Arbeitslosenfrühstück im Wettbewerb um den Wilhelm Dröscher Preis auf dem Bundesparteitag in Leipzig.
- gegen ESM und den Fiskalpakt Diskussion mit Frank Bsirke und Klaus Barthel.
- 150 Jahre SPD – die AfA auf dem Deutschlandfest.
- 40 Jahre AfA in Duisburg.
- 1.Mai AfA Stand.
- diverse Veranstaltungen zur Daseinsvorsorge sowie zum Berliner Haushalt und den angespannten Bezirksfinanzen.
- regelmäßige Teilnahme mit AfA Info Ständen im gesamten Stadtgebiet.
- Veranstaltungen zur Europapolitik inhaltlich und mit den Kandidatinnen und Kandidaten die sich für ein Mandat beworben haben.
- Unterstützung der „Agenten für den Mindestlohn“ durch aktive AfA Mitglieder.
- Unterstützung der Berliner Kandidatinnen und Kandidaten für den Bundestag.
- AfA Präsentationen an den bezirklichen Dialogboxen und der Landesveranstaltung am Alexanderplatz.
- Teilnahme an Bundes- und Landesparteitagen, als Delegierte oder mit AfA Ständen.
- regelmäßige Gespräche mit dem Landesvorsitzenden, der Landesgeschäftsführerin und dem Fraktionsvorsitzenden.

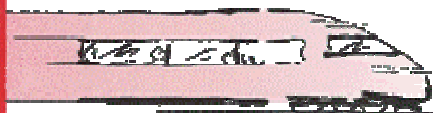
Der geschäftsführende AfA Landesvorstand bedankt sich bei allen Mitstreiterinnen und Mitstreitern für die geleistete konstruktive Arbeit in den vergangenen 2 Jahren. Wir haben gemeinsam eine Menge geleistet in den vergangenen 2 Jahren und wir können stolz auf unsere Bilanz sein. Dafür noch einmal ein herzliches Dankeschön.

Christian Haß
Landesvorsitzender



Betriebsgruppe Eisenbahn

SPD



Tätigkeitsbericht der Jahre 2012-2013



Die neue Unfallversicherung der DEVK

Optimale Absicherung für große und kleine Superhelden

Für eine persönliche Beratung finden Sie unter **www.devk.de** einen Ansprechpartner in Ihrer Nähe.

Telefonisch sind wir unter **0800 4-757-757*** rund um die Uhr für Sie da.

* gebührenfrei aus dem deutschen Telefonnetz

GESAGT. GETAN. GEHOLFEN.

DEVK

Vorwort

**Karl-Heinz Zimmermann, Vorsitzender des
Zentralen Betriebsgruppenausschusses
sozialdemokratischer Eisenbahnerinnen
und Eisenbahner in der Afa**



Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

die letzte Bundeskonferenz im Jahre 2012 stand unter dem Motto: „Renaissance der Tariftreue – Lohn- und Sozialstandards für den Verkehrssektor“. Die zentrale Herausforderung des damals weitgehend ungezügelter Wettbewerbs zu Lasten der Beschäftigten und der zugrundeliegenden Beschäftigungsbedingungen, bestand in der Sicherung guter Lohn- und Sozialstandards. Dies gilt – trotz mittlerweile beachtlicher Erfolge der SPD auf Ebene der meisten Bundesländer – auch heute unverändert fort. Das zeigt insbesondere der Beitrag von Dr. Torsten Schulten, der das Thema seit Jahren wissenschaftlich im Rahmen seiner Arbeit für das WSI begleitet und dazu die aktuelle Übersichtskarte zum Thema vorstellt.

Zu den aktuellen Schwerpunkten der Arbeit des ZA-Bahn gehören insbesondere auch die folgenden verkehrspolitischen Themen:

1. das sog. vierte Eisenbahnpaket mit all seinen neoliberalen Angriffen auf sozialdemokratische Errungenschaften, bis hin zur Gefahr der Zerschlagung der integrierten Bahnkonzerne in Europa;
2. die dringend notwendige Sanierung und der Erhalt des Bestandsnetzes,
3. der bedarfsgerechte Aus- und Neubau von Eisenbahninfrastruktur, einschließlich der Beseitigung von Engpässen und Flaschenhälsen;
4. deren zuverlässige und planbare Finanzierung durch den Bund und die Bundesländer, als auch
5. die Sicherung des dazu erforderlichen und von den Infrastrukturunternehmen notwendigerweise vorzuhaltenden Planungs-Know-how, einschließlich eines ausreichenden, gut qualifizierten Fachpersonals;

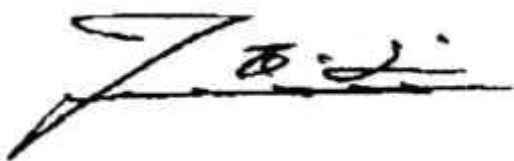
6. die Gewährleistung eines „den Verkehrsbedürfnissen, beim Ausbau und Erhalt des Schienennetzes der Eisenbahnen des Bundes sowie bei deren Verkehrsangeboten auf diesem Schienennetz“ Rechnung tragende Wahrnehmung der Aufgaben des Bundes in Bezug auf die Sicherung eines flächendeckenden Fernverkehrsangebots, mithin die im Grundgesetz verankerte Daseinsvorsorge (Art 87 e Absatz 4 GG) und nicht zuletzt,
7. der politische Einsatz zur Erreichung unserer beschlossenen politischen Ziele und Leitanträge im Rahmen der Arbeit innerhalb der großen Koalition.

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns weiterhin gemeinsam für eine bessere Zukunft des Eisenbahnsektors in Deutschland streiten. Wir leisten damit einen aktiven Beitrag für soziale, umweltfreundliche und wirtschaftlich vernünftige Mobilität der Menschen. Der demografische Wandel stellt diesbezüglich eine zusätzliche große Herausforderung dar, insbesondere für viele ländliche Räume. Der Sicherung der infrastrukturellen Daseinsvorsorge kommt daher eine wichtige zusätzliche Bedeutung zu. Der Bund muss seine Verantwortung wahrnehmen und seinen grundgesetzlichen Verpflichtungen nachkommen, dafür werden wir uns auch weiterhin einsetzen.

Europa, das sind die Menschen, die in diesem Raum leben. Der Personenverkehr, mit Bahn und Bus sowie der Schienengüterverkehr schaffen die notwendige Mobilität, die uns verbindet und versorgt. Die Eisenbahnen sind dabei die kraftvollen Schlagadern für ein erfolgreiches, vernetztes und soziales Europa. Die Eisenbahnener/Innen leisten damit ihren Beitrag für Verbindung, Verständigung, Wohlstand und Frieden in Deutschland, Europa und der Welt.

Glück auf und allzeit gute und sichere Fahrt im ÖPNV und SPNV!

Mit solidarischen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'K. Zimmermann', with a stylized, flowing script.

Karl-Heinz Zimmermann

Grußwort



Martin Schulz
Präsident des Europäischen Parlaments

Liebe Genossinnen und Genossen,

Mobilität ist eine wesentliche Voraussetzung für persönliche Freiheit, gesellschaftliche Teilhabe wie auch für Wohlstand und Wirtschaftswachstum. Grundlage dafür ist eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur. Sie sichert die Wettbewerbsfähigkeit in Europa und in der Welt.

Umso wichtiger ist die Auseinandersetzung mit einer modernen und umweltfreundlichen Verkehrspolitik und die Verknüpfung von Infrastrukturen innerhalb Europas.

Der Fokus liegt auf einer umweltfreundlichen Verkehrspolitik. Klimawandel und Klimaschutz sind für die Europäische Union von besonderer Bedeutung. Deshalb unterstützt das Europäische Parlament den Schienenverkehr als ressourcenschonende Transportmöglichkeit für Personen und Güter. Ziel ist auch, die Volkswirtschaften der 28 EU-Mitgliedsländer enger zu verflechten und die wirtschaftliche Entwicklung voran zu bringen.

Wie kann die Verkehrspolitik eine nachhaltige Mobilität sichern?

Welche Möglichkeiten gibt es, um Umweltschutz und Verkehr miteinander zu verbinden?

Wie lassen sich Ökonomie, Ökologie und soziale Ausgewogenheit im Verkehr miteinander verbinden?

Mit diesen Fragen wollt Ihr euch bei der Bundeskonferenz auseinandersetzen, um zukunftsfähige Lösungen zu finden. Lösungen, die unsere Mobilität sichern, wirtschaftlich sinnvoll, sozial abgestimmt und umweltschonend sind.

Dabei gilt es, die Interessen der Menschen in Deutschland mit den Belangen der Bürgerinnen und Bürger der gesamten EU in Einklang zu bringen und auszubalancieren.

Nur so können gemeinsame Standards im internationalen Schienenverkehr geschaffen werden. Nur so kann der Aufbau eines integrierten europäischen Eisenbahnraumes im Personen- wie auch im Güterverkehr gelingen.

Ich wünsche Euch interessante Vorträge und anregende Gespräche!

Grußwort

Michael Groschek
Minister für Bauen, Wohnen,
Stadtentwicklung und Verkehr
des Landes Nordrhein-Westfalen



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Nordrhein-Westfalen ist in Deutschland das „Bahnland Nr. 1“. Mit über 2,1 Milliarden Fahrgästen jährlich und einem Angebot von etwa 100 Millionen Zugkilometern pro Jahr im Schienenpersonennahverkehr, über 100 Regionallinien und mehr als 1.500 Schienenfahrzeugen allein im Personenverkehr gehört Nordrhein-Westfalen zu den Top-Ländern im europäischen Verkehrsmarkt. Das Land Nordrhein-Westfalen fördert mit einem Volumen von rund 1,5 Milliarden Euro jährlich den öffentlichen Personennahverkehr und dabei insbesondere den Schienenpersonennahverkehr.

Auf dem Schienennetz in unserem Land – dazu zählen das Netz der DB AG wie auch die Schienenwege der etwa 45 nichtbundeseigenen Eisenbahninfrastrukturunternehmen – sind täglich etwa 360 Fernreisezüge, etwa 6.500 Regional- und S-Bahn-Züge sowie bis zu 2.000 Güterzüge und sonstige Züge unterwegs. Aufgrund seiner zentralen Lage in Europa ist Nordrhein-Westfalen wichtige Drehscheibe im nationalen und internationalen Eisenbahnverkehr.

Trotz der vorhandenen Basis bedarf das System Schiene in unserem Land ohne Zweifel einer Weiterentwicklung. Die Rhein-Ruhr-Region als größter europäischer Ballungsraum braucht ein leistungsfähiges schnelles schienengebundenes Verkehrsangebot für den Personenverkehr. Hier ist der Rhein-Ruhr-Express das bedeutendste Verkehrsprojekt des Landes. Auf der Achse Dortmund – Köln werden

wir gemeinsam mit dem Bund und der Bahn das bestehende Verkehrsangebot nachhaltig verbessern.

Schließlich ist Nordrhein-Westfalen das Bundesland mit dem höchsten Güterverkehrsaufkommen bei Empfang, Versand, Transit sowie bei landesinternen Schienengüterverkehren. Etwa 25 Prozent des Schienengüterverkehrs in Deutschland entfallen auf Nordrhein-Westfalen. Deshalb ist der dreigleisige Ausbau der Betuwe-Linie von der niederländischen Grenze über Emmerich bis Oberhausen für uns von besonderer Bedeutung, an dem sich das Land, wie vertraglich vereinbart, beteiligt.

Die Verkehrsprognosen gehen im Vergleichszeitraum 2007 bis 2025 von Steigerungen des Personenverkehrs um 20% und des Güterverkehrs um 50% aus. Das Eisenbahnsystem muss dabei seine spezifischen Stärken zur Sicherung einer langfristigen Mobilität einbringen, aber auch dafür Sorge tragen, dass ein ausreichender Personalbestand an Fahrdienstleitern, Triebfahrzeugführern, Servicetechnikern, Vertriebsmitarbeitern usw. zur Verfügung steht.

Die Bahn ist ein komplexes System. Ein bundesweites Eisenbahnnetz erfordert daher eine optimale Abstimmung zwischen Transport, Service und Infrastruktur. Dies ist nur in einem integrierten Konzern, der alle Sparten des Schienenverkehrs bündelt, zu leisten. Nordrhein-Westfalen hat sich daher entgegen den Vorstellungen der Europäischen Kommission gegen die Trennung von Netz und Transport und für eine Modelloffenheit der eisenbahnorganisatorischen Vorgaben ausgesprochen.

Glück auf!

Michael Groschek

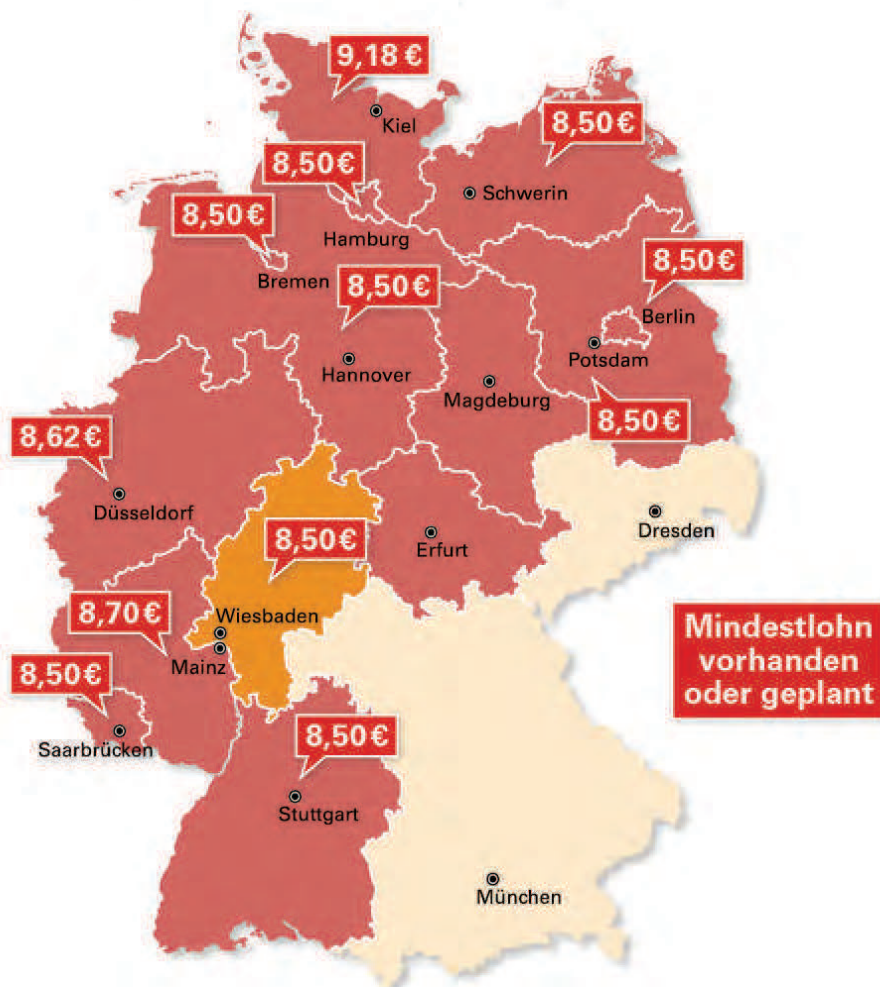
Beitrag

Dr. Thorsten Schulten,
Wissenschaftler am Wirtschafts- und
Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI)
in der Hans-Böckler-Stiftung in Düsseldorf



Tariftreue-Regelungen in Deutschland

Bundesländer ■ mit gültigen Tariftreue-Regelungen,
■ die die Einführung von Tariftreue-Regelungen planen,
oder ■ ohne Tariftreue-Regelungen sind.



Stand: Februar 2014; Quelle: WSI Tarifarchiv 2014 | © Hans-Böckler-Stiftung 2014

Tätigkeitsbericht des Zentralaussschusses

Umsetzung der Anträge aus der Bundeskonferenz vom 11.02.2012 Gremienarbeit und politische Maßnahmen

Liebe Genossinnen und Genossen,

im aktuellen Tätigkeitsbericht des Zentralen Betriebsgruppenausschusses Eisenbahnen der SPD (ZA Bahn) legen wir Rechenschaft über die Arbeit der letzten zwei Jahre ab. Diese war geprägt, vom Einsatz für die Einführung von Tariftreuregelungen und Sozialstandards in den Vergabegesetzen der Bundesländer. Mit unserem Leitantrag zum Thema Tariftreue und Sicherung guter Sozialstandards im Verkehrssektor hatten wir auf dem außerordentlichen Bundesparteitag der SPD bereits im September 2010 in Berlin frühzeitig die Weichen richtig gestellt. Der Bundesparteitag hatte unseren Antrag mit überwältigender Mehrheit angenommen. In Zusammenarbeit mit den Landtagsfraktionen der SPD ist es uns in den zurückliegenden Jahren gelungen, in insgesamt 13 Bundesländern umfassende Regelungen zum Schutz guter und fairer Lohn- und Sozialstandards landesgesetzlich zu verankern. Dies ist ein überwältigender Erfolg für die Sozialdemokratie und insbesondere der Eisenbahner/Innen. In den verbleibenden „gallischen Dörfer“ Bayern, Hessen und Sachsen werden wir uns weiterhin mit den Genossinnen und Genossen vor Ort dafür stark machen, dass die Beschäftigten auch in diesen Bundesländern vor dem bislang noch unsozialen Wettbewerb geschützt werden. Wir danken an dieser Stelle ausdrücklich allen Genossinnen und Genossen auf Bundes- und Landesebene, die diesen Erfolg mit ihrem persönlichen Einsatz möglich gemacht haben.

Wir danken ausdrücklich den Landtagsfraktionen unserer Partei, die in vorbildlicher Weise den Beschluss des Bundesparteitags in die Tat umgesetzt haben. Dank gilt zudem den Genossinnen und Genossen im Europäischen Parlament, die sich vehement für eine Stärkung der Lohn- und Sozialstandards einsetzen, sei es im Rahmen der Auslegung der EU VO 1370/2007 oder im Zusammenhang mit dem sog. 4. Eisenbahnpaket. Wichtiger Unterstützer war zudem die Hans-Böckler-Stiftung, die das Thema strukturiert aufgearbeitet, wissenschaftlich begleitet, inhaltlich unterstützt

und auch voran getrieben hat. So hat in diesem Falle der Erfolg tatsächlich mehrere Mütter und Väter. Und das ist gut so! Ein Beispiel praktizierter Solidarität. Vielen Dank!

Darüber hinaus haben wir uns intensiv mit den Themen Erhalt des Rad-Schiene-Verbunds oder anders formuliert „Keine Trennung von Netz und Betrieb bei der DB AG“, Erhalt (Sanierung), Ausbau und Finanzierung der Eisenbahn-Infrastruktur (Art. 87 e Absatz 4 GG) Finanzierung des ÖPNV und SPNV, aber auch mit den Themen demographischer Wandel, „europäisches Rentenrecht“ und dem Thema Erhalt der persönlichen Beschäftigungsfähigkeit (Employability) befasst und sozialdemokratische Forderungen dazu erhoben.

Ein besonderer Schwerpunkt der weiteren Arbeit ist die Gewährleistung des in Art. 87 e Absatz 4 GG verankerten Auftrags des Staates zur Daseinsvorsorge : „Der **Bund gewährleistet**, daß dem Wohl der Allgemeinheit, insbesondere den **Verkehrsbedürfnissen**, beim Ausbau und Erhalt des Schienennetzes der Eisenbahnen des Bundes sowie bei deren Verkehrsangeboten auf diesem Schienennetz, soweit diese nicht den Schienenpersonennahverkehr betreffen, **Rechnung getragen wird.**“

Der Verfassungsgeber hat erkannt, dass ein leistungsfähiges Schienenverkehrssystem Voraussetzung sowohl für eine gute wirtschaftliche Entwicklung als auch der gesellschaftliche Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger ist. Die Sicherung von Mobilität durch eine angemessene Verkehrsinfrastruktur einschließlich eines bedarfsgerechten Verkehrsangebots gehören mithin zu den wesentlichen Elementen dieses Daseinsvorsorgeauftrags. Den in den letzten zehn Jahren zu verzeichnenden stetigen Abbau von Fernverkehrsverbindungen im Schienenpersonenverkehr und das damit verbundene Abhängen ganzer Regionen und Mittelzentren von den Hochgeschwindigkeitsnetzen und Metropolen gilt es umzukehren. Hier stehen neben dem Bund faktisch die Eisenbahninfrastrukturunternehmen und vor allem auch die Eisenbahnverkehrsunternehmen, die Fernverkehr betreiben in der Pflicht und Verantwortung; insbesondere die Deutsche Bahn AG und ihre Tochtergesellschaften DB Netz AG und DB Fernverkehrs AG. Hierzu haben wir im Dezember 2013 mit der „Resolution Fernverkehr – Region Lux-Trier-Rhein-Main-Ruhr“ eine breite politische Kampagne gestartet, die dem Thema die notwendige Aufmerksamkeit in der

verkehrspolitischen Diskussion verschafft. Der Koalitionsvertrag enthält zudem im Punkt 1.3 „In Deutschlands Zukunft investieren: Infrastruktur“ die maßgeblichen Zielstellungen, einschließlich der Schaffung eines Deutschlandtaktes.

Auch zukünftig werden uns die genannten Themen intensiv beschäftigen und unseren vollen politischen Einsatz erfordern. Insbesondere auch zur Sicherstellung einer ausreichenden und nachhaltigen Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur, einschließlich des Abrufs und des Verbauens vorhandener Mittel, insbesondere der europäischen TEN-Mittel. Hier fordern wir die Eisenbahninfrastrukturunternehmen auf, die dafür notwendigen personellen Ressourcen aufzubauen und dauerhaft vorzuhalten sowie das Thema Vorratsplanung endlich in Angriff zu nehmen. Es ist ein schier unerträglicher Zustand, dass Jahr für Jahr Infrastrukturmittel im erheblichen Maße nicht verbaut werden (können). In diesem Zusammenhang haben wir uns für eine Änderung des zugrundeliegenden Verfahrens eingesetzt, damit die bereitgestellten Mittel dauerhaft zur Verfügung stehen und konsequent für den Erhalt und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur der Eisenbahnen verwendet werden. Ein möglicher Weg dazu ist die Einrichtung eines entsprechenden Infrastrukturfonds. Die Beseitigung des vorhandenen, enormen Investitionstaus, insbesondere beim Thema Brücken und Lärmschutz, die Beseitigung von Flaschenhälsen und die Erstellung von Ausweich- und Entlastungsstrecken stehen im Fokus unserer Forderungen.

An dieser Stelle möchte ich all denjenigen „Herzlichen Dank“ sagen, die mit ihrer kollegialen und vertrauensvollen Zusammenarbeit sowie ihrer tatkräftigen Unterstützung die Erfolge unserer Arbeit erst möglich gemacht haben. Dazu gehören insbesondere die Mitglieder des Zentralausschusses aufgrund Ihrer guten regionalen Unterstützung unserer Arbeit sowie das Team der Geschäftsführung des ZA Bahn mit den Genossen Martin Burkert (MdB und stellv. Vorsitzender), Ralf Halbauer (stellv. Vorsitzender), Ulrich Rötzeim (stellv. Vorsitzender) Peter Henke (Schriftführer) sowie Carsten Ganzer und Heike Borth.

Zu den konkreten Arbeiten und Maßnahmen im Berichtszeitraum möchte ich auf die folgenden Anstriche verweisen, die schlaglichtartig die wesentlichen Tätigkeiten und Termine skizzieren. Wir wünschen Euch eine interessante Lektüre sowie Rückschau auf das bereits erfolgreich Umgesetzte und die weiteren Aufgaben.

Für die Belange der sozialdemokratischen Eisenbahnerinnen und Eisenbahner in der SPD haben wir uns in vielfältiger Weise in den beiden zurückliegenden Jahren eingesetzt. So haben wir uns bei den Bundesausschusssitzungen der AfA sowie bei SPD-Parteitag auf Bundes- und Landesebene für unsere Forderungen stark gemacht. Und wir sind damit positiv aufgefallen, wie der Tätigkeitsbericht des letzten Bundesparteitages zeigt, in dem unsere Betriebsgruppen explizit erwähnt wurden.

Wir haben an Workshops von Gewerkschaften teilgenommen, wie zum Beispiel an einem Workshop der EVG zum Thema der Fahrzeuginstandhaltung, um für den Beibehalt der Erbringung der Instandhaltungs- und Verkehrsleistungen aus einer Hand durch ein Eisenbahnverkehrsunternehmen zu kämpfen.

Mit der Geschäftsführung der DB Regio Bus haben wir ausführlich über die Arbeits- und Sozialbedingungen im Busbereich diskutiert. Auch hier darf der Wettbewerb nicht dazu führen, dass er auf dem Rücken der Beschäftigten ausgefochten wird und sich namhafte Betriebe immer mehr davon verabschieden, die Bedingungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu wahren, geschweige denn zu verbessern.

In Straßburg haben wir mit unserer Genossin Jutta Steinruck, Mitglied des Europäischen Parlaments, für Verbesserungen im Vierten Eisenbahnpaket der Europäischen Union gekämpft. Wir hoffen, dass sich im Eisenbahnpaket unsere Forderungen wiederfinden werden.

Verbindlichere Regelungen bei Betriebsübergängen durch Betreiberwechsel und die Stärkung der Rechte von Beschäftigten in ganz Europa standen im Mittelpunkt einer Konferenz, zu der die Europäische Akademie für umweltorientierten Verkehr (EVA) nach Brüssel eingeladen hatte. Mehr als 100 Experten aus dem europäischen Eisenbahnbereich, darunter auch unsere Betriebsgruppe der sozialdemokratischen Eisenbahnerinnen und Eisenbahner, diskutierten engagiert über die Gefahren, die von Sozialdumping im Eisenbahnbereich ausgehen. Die Sozialpartner des europäischen Eisenbahnsektors - die CER (der europäische Arbeitgeberverband) und die Europäische Transportarbeiter-Föderation (ETF) - waren sich darin einig, dass Wettbewerb faire Rahmenbedingungen braucht. Deshalb sollen insbesondere

bei Ausschreibungen und Betreiberwechsel die schützenden Regelungen der Verordnung 1370/2007 endlich verbindlichen Niederschlag in nationalen und europäischen Rechtsvorschriften finden. Vor dem Hintergrund in Europa verbindlichere Regelungen zu erarbeiten, hatten ETF und CER eine gemeinsame Erklärung vereinbart, die am Rande der Konferenz von Guy Greivelding (ETF) und Libor Lochmann (CER) an EU-Kommissar Andor Laszlo übergeben wurde.

Mit einer Resolution, dem Verteilen von Flugblättern sowie in Gesprächen mit dem Trierer Oberbürgermeister Klaus Jensen, dem rheinland-pfälzischen Verkehrsministerium sowie unseren luxemburgischen Genossinnen und Genossen, insbesondere Guy Greivelding, und unserer rheinland-pfälzischen Betriebsgruppe setzen wir uns dafür ein, dass die deutsch-luxemburgische Großregion nicht vom Schienenpersonenfernverkehr abgekoppelt wird. Trier ist schon heute die am schlechtesten ans Bahnnetz angehängte deutsche Großstadt. Ab Mitte 2014 droht der gesamten Region nun das Abstellgleis und die Städte Trier und Luxemburg werden von Fernverkehrszügen nicht mehr bedient. Hier werden wir weiterhin dafür kämpfen, dass die „Region Lux-Trier-Rhein-Main-Ruhr“ an den Schienenpersonenfernverkehr angebunden bleibt, ein direkter Anschluss an die Metropolregionen Rhein/Ruhr und Rhein/Main geschaffen wird sowie ein Anschluss an die Hochgeschwindigkeitsstrecken in Deutschland und in Frankreich, hier über Luxemburg ermöglicht wird.

Wir haben auch „für die Basis“ und „an der Basis“ gekämpft und so zum Beispiel den Wahlkampf unserer Genossinnen und Genossen unterstützt, beispielsweise durch die Buttons „Höchste Eisenbahn SPD zu wählen“, aber auch ganz konkret vor Ort, beispielsweise für unseren Genossen Dirk Schlömer im Rahmen eines Besuch unserer damaligen SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles in seinem Wahlkreis. Es ist Dirk tatsächlich gelungen, seinen „schwarzen Wahlkreis“ zu gewinnen, worüber wir uns sehr freuen!

An der Basis haben wir auch Unterstützung geleistet, wenn es darum ging, Betriebsgruppen zu gründen, wie beispielsweise in Rheinland-Pfalz oder Berlin/Brandenburg, bzw. bestehende Betriebsgruppen zu besuchen und über unsere Arbeit zu berichten sowie gemeinsame Strategien zu entwickeln.

Leider haben uns in den vergangenen zwei Jahren aber auch treue Weggefährten verlassen. Wir gedenken den verstorbenen Genossinnen und Genossen, die für unsere Belange mitgekämpft haben: Stellvertretend seien hier Willi Klukas, Walter Nieke und Otmar Schreiner genannt.

Impressum

Zentraler Betriebsgruppenausschuss der sozialdemokratischen Eisenbahnerinnen und Eisenbahner in der AfA. V. i. S. d. P. Karl-Heinz Zimmermann, c/o EVG-Gewerkschaft, Weilburgerstraße 24, 60326 Frankfurt am Main

**Bildung & Wissen**

Europäische Politik mitgestalten – wir unterstützen Euch durch Bildung und Wissen

Verkehrsprobleme lassen sich nicht mehr national, geschweige denn regional oder lokal lösen. Daher ist Verkehrspolitik immer auch konkrete, Zukunft gestaltende Europapolitik. Im Auftrag der EVG bieten wir Veranstaltungen zur gewerkschaftspolitischen Bildung und damit auch zu europapolitischen Themen an.

EVA, Europäische Akademie für umweltorientierten Verkehr, informiert die betrieblichen Interessenvertreter und die betroffenen Gewerkschaften ebenso wie die Mitarbeiter und Führungskräfte der Verkehrsunternehmen und -verbände über Entscheidungen der EU und versetzt sie in die Lage, aktiv an der Planung und Umsetzung der Verkehrspolitik teilzunehmen.

TRANSBIT, Bildung und Internationale Projekte, richtet sich an alle, die sich in unserer Gewerkschaft ehrenamtlich engagieren oder gesellschafts- und gewerkschaftspolitisch interessiert sind.



Tel.: + 49 (0) 30 308 75 26
E-Mail: info@eva-akademie.de
Web: www.eva-akademie.de



Tel.: + 49 (0) 30 308 75 13
E-Mail: info@transbit-gmbh.de
Web: www.transbit-gmbh.de